

---

## Regelmäßige Termine in Jena

- Montag **Solidarische Küche (SoKü)** | Jeden Montag ab 20:00 im Haus
- Dienstag **Offene Bildungs-AG der FAU Erfurt/Jena** | Dienstag aller zwei Wochen 16:00-18:00 im Infoladen | [www.fau.org/erfurt-jena](http://www.fau.org/erfurt-jena)
- Gewerkschaftliche Sprechstunde der FAU Erfurt/Jena** | Jeden Dienstag von 18:00 bis 19:00 im Infoladen | [www.fau.org/erfurt-jena](http://www.fau.org/erfurt-jena)
- Sprechstunde für Verschlüsselung, Privatsphäre und Datensicherheit des Hackspace** | Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20:00 im Krautspace | [kraut.space](http://kraut.space)
- Mittwoch **Infoladenkino** | Jeden 1. Mittwoch im Monat 20:00 im Infoladen Jena | [infoladenjena.blogspot.de](http://infoladenjena.blogspot.de)
- Regelmäßiger Treffpunkt der Gruppe STATT zu Mietproblemen und -kämpfen** | Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat von 18:00 bis 20:00 im MobB.eV (Unterm Markt 2) | [rechtaufstadtjena.noblogs.org](http://rechtaufstadtjena.noblogs.org)
- Offene Antirepressions-Sprechstunde der Roten Hilfe Jena** | Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat 19:00-21:00 im Infoladen | [rotehilfejena.blogspot.de](http://rotehilfejena.blogspot.de)
- Kneipenabend der FAU und GG/BO** | ein Mittwoch im Monat - auf Ankündigung achten - im Kassa-Turm | [www.fau.org/ortsgruppen/erfurt-jena](http://www.fau.org/ortsgruppen/erfurt-jena) und [gefangenensolijena.noblogs.org](http://gefangenensolijena.noblogs.org)
- Donnerstag **Küche für Alle im Hausprojekt im Eisenberger Bahnhof** | Jeden Donnerstag ab 20:00 im Bahnhof von Eisenberg (Bahnhofstr. 6)
- Solitresen der Gruppe Pekari** | Jeden 3. Donnerstag im Monat ab 21:00 in der Insel | [pekari.blogspot.de](http://pekari.blogspot.de)
- Freitag **Infocafé der Gruppe Pekari im Infoladen** | Jeden Freitag von 15:00 bis 18:00 im Infoladen | [pekari.blogspot.de/infocafe](http://pekari.blogspot.de/infocafe)
- Offenes Plenum von Jugend gegen Rechts** | Jeden Freitag von 16:00 bis 19:00 | siehe facebook
- Weekende **Critical Crisis Concerts** | Unregelmäßig im Haus | [criticalcrisis.blogspot.de](http://criticalcrisis.blogspot.de)

---

## Anarcho Infoblatt Jena

Vom AIBJ werden alle zwei Monate 300 Kopien gedruckt und an verschiedenen Orten verteilt, unter anderem im Infoladen Jena und im Wohni. Ihr könnt es zu Bewegungszwecken frei vervielfältigen. Kontakt unter [aibj@riseup.net](mailto:aibj@riseup.net). Die älteren Ausgaben im Druckformat und die digitalisierten Artikel unter: [samizdatarchiv.noblogs.org](http://samizdatarchiv.noblogs.org)

Spenden sind zur Aufrechterhaltung des Heftprojekts notwendig und immer gerne gesehen. Sie können gerne mit dem Betreff "Infoblatt" an folgendes Bankkonto geschickt werden: Schwarzkreuz Jena | IBAN: DE58830654080004996054 | BIC: GENODEF1SLR.



# Anarcho Infoblatt Jena

Samizdat mit praktischen Infos für Organisation und Aktion

# 11 | Okt. 2017 | wird kostenlos verteilt



Kundgebung der Jenaer Soligruppe der Gefangenen-Gewerkschaft vorm Arbeitsamt Jena: "Ob Knast, Haushalt oder Lohnarbeit - Solidarität gegen Ausbeutung und Gewalt".

**Anarchismus:** Eine herrschaftsfeindliche Einstellung, eine Theorie-Tradition, eine historische wie aktuelle gesellschaftliche Bewegung. Gibt es auch in Jena.

**Samizdat:** Russisch für Selbsterausgabe. Zu Zeiten der staatskapitalistischen Diktaturen des Ostblocks selbsterausgegebene Untergrundblätter der Oppositionsbewegungen. Gab es auch in der DDR.

**Organisation und Aktion:** Das, worin sich unsere Ideen, Überzeugungen und Debatten übersetzen. Der Versuch, unsere Alltagsbeziehungen neu zu gestalten und konkrete Kämpfe gegen diese Verhältnisse zu führen.

# Inhalt

Editorial (Seite 3)

Wir sind alle Linksunten! (Seite 4)

## [Bewegungsgeschichte]

Gegen Polizeigewalt - "Weimar im April" (Seite 9)

## [Aus den letzten Monaten]

Bewegungs-Nachrichten (Seite 14)

Antifa-Infos (Seite 23)

Gefangenen-Infos (Seite 29)

Thüringen goes G20 (Seite 35)

Einschränkung des Aussageverweigerungsrechts (Seite 38)

## [Laufende Kämpfe und Debatten]

Gründung und erste Wanderung der FAU-Wandergruppe (Seite 40)

Provinz-Hausprojekt sucht Mitbewohner\_in (Seite 42)

Vorstellung des Roten Stern Jena (Seite 43)

Spendenkampagne für FAU-Lokal in Jena (Seite 45)

## [Anstehendes]

Kommende Termine (Seite 47)

## [Internationales]

Spendensammlung für anarchistisches Zentrum in Kuba (Seite 48)

Pogrome gegen Roma im Balkan (Seite 52)

## [Stabiles]

Regelmäßige Termine (Seite 56)

**Eigentumsvorbehalt** Nach dem Eigentumsvorbehalt ist das Heft so lange Eigentum des Absenders, bis es der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird das Heft dem/der Gefangenen nicht ausgehändigt, ist es dem Abender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

verwickelt. Die Demos gingen noch mehrere Tage weiter.

Am 16. Juli wurde ein 17-jähriger in Stara Zagora von einer Gruppe Roma verprügelt, nachdem sie ihn erfolglos um eine Zigarette gefragt hatten. In Reaktion darauf fand eine Demo mit ca. 300 Leuten statt.

Einige mag vielleicht einfach die Empörung über den gewaltvollen Umgang auf der Straße zu den Demos gezogen haben. Letzten Endes waren die Demos aber von patriotischer und christlich-orthodoxer Symbolik und Hass gegen Roma dominiert.

Auch hier spielt die mediale Berichterstattung eine wichtige Rolle. Die Medien haben umfangreich über diese und zahlreiche andere gewalttätige Konflikte berichtet, in denen Roma beteiligt waren. Eine ähnliche Aufmerksamkeit kommt Konflikten unter Bulgaren oder unter Roma selten zu. Darüber hinaus war die Medienberichterstattung von einer extrem antiziganistischen Sprache geprägt. Es war die Rede von „Roma-Gewalt“ bis „Zigeuner-Terror“. Wie auch in Griechenland wurde hier die Beteiligung von Faschisten an den Mobilisierungen verschwiegen.

Die Demos in Bulgarien sind Reaktionen auf gewaltsame Konflikte auf der Straße. Sie setzen aber nicht bei den Gründen für diese Gewaltkultur an – Machismus, Armut und Perspektivlosigkeit, das aufgeheizte rassistische Klima, die strukturelle Gewalt in der Gesellschaft – sondern ethnisieren die Konflikte und schüren bewusst Hass gegen Roma.

## Perspektiven

Was den Antiziganismus im Balkan betrifft, können auch wir in Deutschland was machen. Wir können anarchistische und antirassistische Gruppen sowie Roma-Organisationen in den Ländern unterstützen. Wir können den Antiziganismus bei uns im Land bekämpfen, eingewanderte Roma und Romnja unterstützen und uns für ihr Bleiberecht einsetzen. Ersteres setzt eine dauerhafte internationale Vernetzungsarbeit voraus, die von der anarchistischen Bewegung in Jena und Thüringen derzeit nur in Form persönlicher Kontakte, gelegentlicher Berichterstattung und über Informationsveranstaltungen internationaler Gäste geleistet wird. Letzteres ist mit Roma Thüringen und dem Unterstützungsumfeld in Erfurt über einige Jahre geschehen. Ihr Kampf ist aber im Großen und Ganzen an den staatlichen Abschiebe- und Repressionsapparaten gescheitert.

Ghettos der Roma und der Unterschichten, die Verstärkung der Polizeipräsenz und die dauerhafte Stationierung von Spezialeinheiten im Stadtteil.

Zwei Tage später, am 16. Juni, gab nun auch die Regierung ein Maßnahmenpaket bekannt. Dieses beinhaltet die Verstärkung der Polizeipräsenz, den Infrastrukturaufbau in Menidi, die Verschärfung der Schulpflicht und Erleichterung des Bildungswegs für Roma. Damit vollendete der Staat das Pogrom mit der intensivierten polizeistaatlichen Überwachung des Stadtteils und speziell der Roma-Bevölkerung in Menidi.

Während dieser Woche fiel es der Athener anarchistischen und autonomen Bewegung sehr schwer, eine Haltung zu finden und zu intervenieren. Dies hat wohl zwei Gründe. Erstens gibt es kaum Beziehungen zur Roma-Gemeinschaft. Das wiederum liegt an der ziemlich strikten ethnischen Segregation und daran, dass die wenigen Roma, die sich politisch betätigen, das eher in rechten Parteien und Vereinen tun. Zweitens haben viele Anarchist\_innen in Griechenland Probleme damit, sich mit einer Gemeinschaft zu solidariseren, die in Teilen sehr traditionell und werkonservativ ist und die über die illegale Drogen- und Waffenökonomie eng mit der Mafia und Polizei zusammenarbeitet. Drittens, so zumindest eine Antifa-Gruppe aus Menidi, war der Mob selbst ziemlich heterogen. Dabei waren sowohl Faschisten, die Molotov-Cocktails in Roma-Wohnungen warfen, als auch Linke, die über die Verelendung des Stadtteils und der Lebensbedingungen und

über den Druck rein in die Drogenabhängigkeit und -wirtschaft empört sind. Deswegen gab es einige Solidaritätsaufrufe und Verteilaktionen im Stadtteil, aber kein koordiniertes militantes Vorgehen gegen den antiziganistischen Mob.

### **Antiziganistische Massendemos in Bulgarien**

In Bulgarien kam es zu mindestens zwei massenhaften Straßenmobilisierungen gegen Roma - in Asenoffgrad und Nowa Zagora.

In Asenoffgrad hatte eine Gruppe Roma mehrere Kinder, Eltern und Trainer eines Ruderclubs angegriffen und mehrere von ihnen ins Krankenhaus geprügelt. Der Angriff war eine Selbstjustiz-Reaktion auf das Gerücht, dass ein Roma-Kind umgebracht worden sei. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass das Kind nicht getötet worden war, sondern nur eine Platzwunde hatte. Gleich am nächsten Tag begannen Massendemos „gegen die Roma-Gewalt“ mit bis zu 2000 Leuten und mit der Forderung nach mehr Polizei, mehr Sicherheit und härteren Strafen. Die Demos versuchten mehrfach, zum Roma-Viertel der Stadt zu gelangen. Die Polizei riegelte jedoch alle Zugänge zum Viertel mehrere Tage lang ab. In der Zeit flüchteten sich viele Roma aus Angst vor einem Pogrom zu Freund\_innen oder Verwandten in Nachbardörfern. Am 2. Juli, einem Sonntag, kamen Leute aus ganz Bulgarien, um an der Demo teilzunehmen, darunter auch die berüchtigten „Migrantenjäger“ Peter „Perata“ Nizamoff und Dinko aus Jambol. Ein Mob von 5000 Leuten versuchte, zum Roma-Viertel durchzubrechen und wurde dabei in Kämpfe mit der Polizei

# Editorial

von der AIBJ-Redaktion

Die letzten Tage vor der Bundestagswahl haben wir nicht für Wahlkampf oder Aktionen gegen einzelne Parteien verschwendet, sondern in die Hände gespuckt und dieses Heft gestaltet. Statt immer nur gegen die herrschende Politik oder die Nazis anzurennen, sind wir davon überzeugt, dass wir unsere eigene Bewegung aufbauen und stärken müssen. Das Ergebnis unserer und eurer Arbeit der letzten drei Monate haltet ihr nun in den Händen!

Gleich zu Beginn wollen wir wieder einmal über die Unterdrückung anarchistischer Presse und Medien sprechen. Viele von uns hat das Verbot von linksunten.indymedia beschäftigt. Um das auf lokaler Ebene zu kompensieren, wurde ein neuer Bewegungsblog lanciert: [wumm.blackblogs.org](http://wumm.blackblogs.org). Unsere Gedanken zum Verbot und zum neuen Blog findet ihr ab Seite 4.

In der Bewegungsgeschichte geht es ab Seite 9 um die Kampagne gegen Polizeigewalt „Weimar im April“ von 2012. Damit runden wir die Auseinandersetzung mit der Polizei aus den letzten Heften ab. Aus den letzten Monaten veröffentlichten wir dann neben den Bewegungsnachrichten (S. 14), den Antifa-Infos (S. 23) und den Gefangenen-Infos (S. 29) einen kleinen Thüringen-Bericht über G20 (S. 35) sowie einen Text zur Änderung des Aussageverweigerungsrechts (S. 39).

Wir freuen uns, neben dem wumm-Blog drei neue Projekte bekannt geben zu dürfen: die FAU-angedockte Wandergruppe Jena auf S. 40, den Sportverein Roter Stern Jena auf S. 42 und das Gewerkschaftslokal „Milly Witkop“ der FAU Jena. Den Spendenaufruf für das Lokal könnt ihr auf Seite 45 lesen. Dazu gibt es auf Seite 42 die Annonce eines Hausprojekts in der Nähe von Jena. Nach einer Zusammenstellung von Terminen der nächsten Zeit folgen noch zwei internationale Beiträge: ein Spendenaufruf für ein anarchistisches Zentrum im kubanischen Havanna auf Seite 48 und ein Text über Pogrome gegen Roma in Griechenland und Bulgarien auf Seite 52.

Wir arbeiten weiter an einem kleinen Vertriebssystem und freuen uns über Rückmeldungen sowie finanzielle Unterstützung. Unsere Kontaktadresse und Kontodaten findet ihr auf Seite 56.

# Wir sind alle Linksunten!

von der AIBJ-Redaktion

Anderthalb Monate nach dem Ende der G20-Proteste, am 25. August, wurde die Internetplattform linksunten.indymedia.org im Rahmen einer aufgeheizten Extremismus- und Gewaltdebatte verboten. Das Bundesinnenministerium bezog sich dabei auf den Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes und § 3 des Vereinsgesetzes. Linksunten werde von einem Verein betrieben, dieser biete linksextremen Gewalttätern eine Plattform und gehöre deswegen verboten. Das Verbot betrifft die Seite linksunten.indymedia.org, die zugehörigen Twitter-Accounts, E-Mail-Adressen sowie das Symbol (das Indymedia-I in Kombination mit dem Schriftzug „Linksunten. Indymedia“) und auch etwaige Nachfolgeorganisationen.

Am selben Tag wurden in Freiburg vier Wohnungen, zwei Fahrzeuge und das autonome Zentrum KTS durchsucht. Aus der KTS wurde fast alles an Ausstattung, Unterlagen und Post der dort untergebrachten Gruppen mitgenommen. Bei den Betreiber\_innen wurden angeblich folgende Waffen gefunden: Schlagstöcke, Quarzhandschuhe, Steinschleudern, Böller, ein Butterfly-Messer und ein Elektroschocker. Später kam raus, dass die meisten dieser Gegenstände in der KTS gefunden wurden, so niemandem konkret zuzuordnen sind und dass die Meldung des „Waffenfundes“ nur dazu diente, die Stimmung gegen Linksunten weiter aufzuheizen.

## Was ist Indymedia?

Indymedia oder IMC – kurz für Independent Media Center – ist eine Bewegung für freien und unabhängigen Informationsaustausch, die Ende der 1990er Jahre im Kontext der Antiglobalisierungsbewegung entstanden ist. Das erste Indymedia-Netzwerk wurde 1999 für die Proteste gegen die Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle eingerichtet. Während der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua spielte Indymedia bereits eine wichtige Rolle bei der unabhängigen Berichterstattung. Auf Indymedia-Plattformen können Menschen anonym selbst Beiträge verfassen und hochladen. Noch vor Entstehung von Blogs und lange vor den sozialen Medien wurde so zum ersten Mal ein unabhängiges und partizipatives Medium geschaffen.

2001 entstand mit de.indymedia.org auch in Deutschland ein Indymedia-Netzwerk. 2008 kam das erst regionale südwestdeutsche linksunten.indymedia.org hinzu, setzte sich in den Folgejahren aber bundesweit durch. Seit Mitte der 2000er sind die Indymedia-Plattformen in vielen Ländern wieder zusammengebrochen. Auf den bestehenden Plattformen wird ein breites Spektrum an Beiträgen veröffentlicht – von Wiederveröffentlichungen von Zeitungsartikeln, über Diskussionspapiere, Stellungnahmen und Pressemitteilungen, Termine, Demoaufrufe, Demoberichte und -auswertungen, Outings

einer Kugel getroffen und starb unmittelbar. Die Kugel war wahrscheinlich auf der Feier einer Roma-Familie ein paar Blocks weiter in die Luft geschossen worden. Das war der Ausgangspunkt eines von Medien, Bullen, Politik, Faschisten und dem Mob organisierten Pogroms.

Am 9. Juni organisierte die Polizei eine Großoperation und 250 Bullen, darunter auch mehrere Spezialeinheiten ähnlich den deutschen BFE, USK und SEK, rückten in den Stadtteil ein. Sie durchsuchten 22 Häuser, nahmen 34 Personen in Gewahrsam und verhafteten sechs Personen.

Gleichzeitig berichteten die Medien tendenziell rassistisch vom Geschehen: Kein Wort davon, dass nicht nur Roma, sondern auch viele Kreter und pontische Griechen gerne mal in die Luft ballern, und immer wieder Meldungen von bewaffneten, aggressiven, gewalttätigen und kriminellen Roma-Gruppen. Später wurde die Präsenz von Faschisten in den Demos verschwiegen.

Am 10. Juni fand die Trauerfeier der Familie, Angehörigen und Anwohner\_innen statt. Anschließend zog eine Demonstration mit Hunderten Leuten zum Roma-Ghetto. Dabei wurden Molotov-Cocktails in mehrere Häuser von Roma geworfen, laut Meldungen von athens.indymedia von Mitgliedern von AME/C18, einer autonom-faschistischen, d.h. von der Goldenen Morgenröte unabhängigen, faschistischen Gruppierung.

Am 11. Juni fand eine zweite Demo statt. Sie wurde vom Kreisbürgermeister Giannis Kassawos organisiert. Die Demo blockierte erst die Zugleise. Anschließend machte sich eine Menge von 200 Leuten in Richtung Roma-Ghetto auf. Sie wurden von den Bullen gestoppt und fingen an, mit ihnen zu kämpfen. Einige Menschen konnten durch die Polizeiketten dringen und zündeten zwei Roma-Häuser an. Einige Roma waren bewaffnet und schossen.

Am 12. Juni wurde der 23jährige Rom, der während der Polizeirazzia verhaftet worden war, obwohl keinerlei Beweise gegen ihn vorliegen, zu drei Jahren und vier Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Der Verteidiger stellte in letzter Minute Befangenheitsantrag gegen den Richter und verhinderte so, dass das Urteil rechtswirksam wurde. Auf einer weiteren Demo am 12. Juni kam es beim wiederholten Versuch der Gleisblockade zu Straßenschlachten mit der Polizei. Dabei kamen wieder Molotov-Cocktails zum Einsatz.

Am 13. Juni fand eine Demo zum Ministerium für Bürgerschutz statt. Die Leute forderten mehr Polizeipräsenz und ein hartes Vorgehen gegen die Roma.

Am 14. Juni wurde die Autobahn bei Menidi blockiert. Es kam zu Kämpfen mit der Polizei. Am selben Tag gab die Polizei ein Maßnahmenpaket bekannt. Dieses umfasst u.a. die Bildung einer Sonderkommission mit Sitz in der Polizeiwache in Menidi, einen Aktionsplan mit aufeinanderfolgenden Polizeirazzien beginnend in Menidi, in den

# Menidi und Asenoffgrad: Pogrome gegen Roma im Balkan

vom AIBJ-Auslandskorrespondenten

Diesen Sommer hat Shani Haliti aus Erfurt nach knapp drei Jahren Kampf um Aufenthalt für sich, seine Kinder und alle anderen Migrant\_innen in Deutschland, nach intensivierte Maßnahmen der psychologischen Zerrüttung seitens der Ausländerbehörde und nach wiederholten Abschiebeversuchen durch die Bullen aufgegeben. Er ist nach Serbien zurückgegangen. Er war das letzte aktive Mitglied der Gruppe Roma Thüringen, die 2013 im Kampf um das Bleiberecht für die Roma aus dem Balkan gegründet wurde. Alle anderen waren schon vorher abgeschoben worden und einige wenige haben sich nach individuellen Lösungen aus dem politischen Kampf zurückgezogen. Mit dem Abschied Halitis ist die Gruppe Roma Thüringen zerschlagen worden.

Das ist kein Grund für uns, das Kapitel abzuhaken. Die Kontakte zwischen Unterstützer\_innen und den Abgeschobenen bestehen weiter. Der Antiziganismus - der Rassismus, die Feindschaft und der Hass gegen Sinti und Roma, Sinteza und Romnja - besteht weiter. In Deutschland wie auch in ihren Herkunftsländern. Und es werden weiter Menschen versuchen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Deutschland zu kommen. Deswegen wollen wir im Folgenden

über zwei Pogrome bzw. pogromartige Straßenmobilisierungen berichten, die diesen Sommer in Griechenland und Bulgarien abgelaufen sind. Wir hoffen, damit das Verständnis für die Lage der Roma und Romnja aus dem Balkan zu vertiefen und die Solidarität zu verstärken.

## **Juni 2017 - Pogrom gegen Roma-Ghettos in Menidi bei Athen**

Menidi ist ein Viertel am nördlichen Stadtrand von Athen. Ein Großteil der Bevölkerung ist arm. Zudem wurde mit der Säuberung des Athener Zentrums im Vorfeld der Olympischen Spiele 2004 der Drogenhandel von der Stadtmitte ins periphere Menidi verlegt. Damit ist ein Teil der Bevölkerung in die Drogenökonomie und damit in die organisierte Kriminalität eingebunden und steht so in engem Austausch mit der Mafia und den Bullen. In Menidi gibt es drei Roma-Ghettos, d.h. Wohnsiedlungen, in denen Roma und Romnja segregiert vom Rest der Bevölkerung leben. Auch sie sind in die Drogenökonomie eingebunden.

Am 8. Juni wurde Marios, ein 11jähriger griechischer Junge, während er und seine Freund\_innen auf dem Schulhof spielten, von

Das Logo der internationalen  
Indymedia-Bewegung



und Rechercheergebnisse über Neonazis bis hin zu Bekennerschreiben von Einzelpersonen und militanter Gruppen.

## **Angriff auf Gegen-Öffentlichkeit**

Das Verbot von Linksunten ist Teil eines größeren Angriffs auf linke bis anarchistische Medien in Deutschland. Als AIBJ haben wir bereits über die Streichung der Finanzierung für die Erfurter Lira-belle und über die Verurteilung wegen Verbreitens der Münchner anarchistischen Straßenzeitung Fernweh berichtet. Im nächsten Schritt wurde während der G20-Proteste insgesamt 32 Journalist\_innen die Akkreditierung entzogen. Später kam heraus, dass diese Entscheidung teilweise auf falschen und sogar verfassungswidrigen Einträgen in Verbunddateien gegen Links fußte.

## **Angriff auf autonome Bewegung**

Das Verbot von Linksunten steht in engem Zusammenhang mit der Repression gegen selbstorganisierte und autonome Bewegung. Es schloss sich der polizeistaatlichen

Niederschlagung der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg an. Nur einen Tag vor dem Verbot richtete der Landtag von Sachsen-Anhalt auf Antrag der AfD-Fraktion eine Enquete-Kommission gegen Linksextremismus ein. Am Tag des Verbots selbst forderte die Thüringer AfD gleich das Verbot der gesamten Antifa als terroristische Organisation.

Auch in Thüringen versucht der Staat zunehmend, gesellschaftlichen Ungehorsam, antifaschistischen Selbstschutz, autonome und anarchistische Bewegung zu zerschlagen. Nach dem massenhaften militanten Widerstand gegen die Nazi-Demo vom 20. April 2016 in Jena wurde die Soko „Fackel“ eingerichtet und kam es zu Hausdurchsuchungen gegen Antifaschist\_innen. In Gotha drohten die Bullen im September 2016, das Hausprojekt Juwel zu stürmen, steckten drei Leute in U-Haft und initiierten Ermittlungen, die nicht unwahrscheinlich zu Haftstrafen führen werden (siehe die Soli-Kampagne „Free the Three“). In Saalfeld läuft seit Anfang 2017 ein Strukturermittlungsverfahren gegen die Antifa-Szene mit indivi-

dueller Einschüchterung und Psycho-Terror sogar noch gegen Minderjährige. Die AfD versucht über die Sondersitzung im Thüringer Landtag zu „linkem Terror“, über unzählige Anfragen und Polemiken den Staat von linken Strömungen zu säubern und für ein Verbot „der Antifa“ zu sorgen. Der Staatsschutz ermittelt nun wegen Landfriedensbruchs gegen die Aktion gegen den AfD-Wahlstand vom 20. Mai 2017 in Jena. Und das sind nur die größten Repressionsfälle. Über die niedrigschwellige Alltagsrepression gäbe es noch einige Seiten zu schreiben, erwähnt seien hier lediglich der von Ordnungsamt, KSJ und Polizei über Kooperationsgespräche, Auflagen und nachträgliche Forderungen ausgeübte Druck auf Anmelder\_innen von Demos und Kundgebungen, ACAB-Verfahren, das Abgefilme von Demos, schikanöse Polizeikontrollen am Rande von Demos usw. usf.

### Das Verbot verhindern

Unmittelbar nach dem Verbot gab es vielfältigen Widerstand. Zum einen haben sich zahlreiche Organisationen in öffentlichen Statements mit Linksunten solidarisiert – von einzelnen Politiker\_innen der linken Parteien und Reporter ohne Grenzen bis hin zur Gefangenen-Gewerkschaft, Interventionistischen Linken, Roten Hilfe und viele andere. Wobei sich Einige aus dem zivilgesellschaftlichen und Partei-Spektrum zwar gegen das Verbot, aber für die Löschung einzelner Beiträge, also für eine zielgerichtete Zensur ausgesprochen haben.

Es gab mehrere spontane und angemeldete Demos in Freiburg, Jena, Berlin und in anderen Städten. Es wurden lokale Bewegungsplattformen wiederbelebt oder neu gestartet, z.B. die Blogs Kommunal für den Raum Aschaffenburg und Wumm für Jena. In Jena sind ein paar Graffitis aufge-

ben, in welcher Weise die Gelder genutzt wurden.

Eure Mithilfe ist entscheidend, wenn wir antikapitalistische und libertäre Ideen in Kuba und der Karibik voranbringen wollen!

(1) Das spanische Original „El Anarquismo en Cuba“ ist von 2000. Das pdf vom Buch findet sich unter <https://materialesfopep.files.wordpress.com/2014/03/frank-fernc3a1ndez-el-anarquismo-en-cuba.pdf>

Die englische Übersetzung „Cuban anarchism – the history of a movement“ ist 2001 erschienen. Online lesbar bei <https://theanarchistlibrary.org/library/frank-fernandez-cuban-anarchism-the-history-of-a-movement>

Die deutsche Übersetzung ist 2006 erschienen und online frei verfügbar unter <http://www.anarchismus.de/transnational/kubaanarchismus.htm>

(2) Die Gaidao wird von der Föderation deutschsprachiger Anarchist\_innen herausgegeben. Alle Ausgaben sind online unter [fda-ifa.org/gaidao](http://fda-ifa.org/gaidao) archiviert.



Der Kopf der Spontandemonstration gegen das Verbot von linksunten.indymedia in Jena. Das Fronttransparent erinnert an ermordete Antifaschisten. Auf dem Poster im Hintergrund steht: "129 kennen wir schon. Feuer und Flamme der Repression!"

### Wieviel benötigen wir?

Für den Kauf benötigen wir 12.000 Euro. Bei unseren letzten Reisen nach Frankreich und Spanien kamen dank der Solidarität unserer Genoss\*innen mehr als 1.000 Euro zusammen. Darum bitten wir euch bei diesem Crowdfunding-Projekt um einen Gesamtbetrag von 11.000 Euro.

### Warum fragen wir?

Weil wir keine Fördergelder von Staaten, Regierungen oder NGOs bekommen. Das möchten wir auch gar nicht, um unsere völlige Unabhängigkeit zu sichern und uns nicht irgendwelchen politischen Programmen unterordnen zu müssen. Manchmal bekommen wir Spenden von Gruppen oder Einzelpersonen, die unsere Prinzipien selbstlos und ohne Vorbedingungen unterstützen. Unsere Praxis erzeugt auch keinerlei Profit, eher im Gegenteil. Es sollte auch klar sein, dass mit dem Durchschnittsverdienst in Kuba nicht die hohen Kosten einer Unterkunft gedeckt werden können. Zumindest nicht mit ehrlicher Arbeit, bei der niemand ausgebeutet wird.

### Wer wird vom sozialen Zentrum und der Bibliothek profitieren?

Erstmal alle, die Mitglieder der TLAL sind und unbezahlt in den Räumen arbeiten. Das schließt auch die Leute ein, die dort tatsächlich leben werden und das Gebäude betreuen. Jenseits von TLAL wird es die uns umgebende Community sein, da wir vorhaben, Beziehungen mit der Nachbarschaft einzugehen und unseren Raum zur Verfügung zu stellen. Für uns würde ein solches Projekt keinen Sinn ergeben, wenn es losgelöst wäre von den Nöten der Personen, die es

umgeben.

Die Projekte des Observatorio Crítico, in dem wir weiter aktiv bleiben werden, sollen ebenfalls die Büros nutzen können, um auf diese Weise ihre Aktivitäten weiter ausbauen zu können. Darüber hinaus werden kubanische und internationale Studierende und Forscher\*innen in der Bibliothek einzigartige und kostbare Informationsquellen finden.

Und selbstverständlich werden auch alle libertären und antikapitalistischen Besucher\*innen im sozialen Zentrum aufgenommen werden, ebenso wie andere Personen, die unserer Solidarität bedürfen.

### Was bekommen die Spender\*innen zurück?

Wir haben nicht viel Material, das wir im Gegenzug zurückgeben können, nur unsere Dankbarkeit und gute Stimmung. Natürlich haben alle Spender\*innen Platz in unserem Zentrum in Kuba und Zugriff auf alle Annehmlichkeiten desselben.

Darüber hinaus würden wir, wenn ihr einverstanden seid, eure E-Mail-Adressen in unseren Mail-Verteiler aufnehmen, damit ihr regelmäßig die kubanische libertäre Zeitung „Tierra Nueva!“ erhaltet.

Für diejenigen, die ihre Namen veröffentlicht sehen wollen, haben wir eine Unterstützerliste auf unserer Webseite, wo diejenigen aufgeführt sind, die uns geholfen haben, unser Projekt zu realisieren. Alle, die beigetragen haben, werden wir einen ausführlichen Bericht zukommen lassen, wo wir beschrei-

taucht, u.a. „Je suis linksunten“ und das Indymedia-Symbol.

Am 26. August erschien auf linksunten.indymedia.org kurzzeitig die Ankündigung: „Wir sind bald wieder zurück“ und ein Zitat aus der Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace.

Am 30. August haben vier Leute aus Freiburg Klage vorm Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gegen das Konstrukt eines Vereins und sein Verbot eingereicht. Außerdem wurde vorm Verwaltungsgericht in Freiburg gegen die Durchsuchungen und Beschlagnahmungen geklagt. Teil des Anwaltsteams ist übrigens auch die Jenaer Anwältin Kristin Pietrzyk. Hier das Spendenkonto für die Gerichtskosten

Empfänger: Rote Hilfe OG  
Stuttgart  
IBAN: DE66 4306 0967  
4007 2383 13  
BIC: GENODEM1GLS  
Stichwort: linksunten

Wenn es zum Prozess in Leipzig kommt, würde es sich anbieten, auch aus Jena anzureisen und die Sache zu unterstützen.

### Mögliche Schlussfolgerungen

Das Internet ist anders als zu seinen Anfangszeiten oft gedacht kein unkontrollierbares Feld, sondern wird zunehmend staatlich reguliert und offenbart immer deutlicher sein totalitäres Potenzial. Diese Tendenz gibt es nicht nur in Staaten wie der Türkei, wo die BRD im Rahmen geopolitischer Konflikte nicht müde wird, in Stellungnahmen auf demokratische Freiheiten zu bestehen, sondern eben auch hier bei uns.

Das Verbot geht einher mit dem staatlichen Vorgehen gegen andere unkontrollierbare Medien sowie mit der alltäglichen Ignoranz der Mainstream-Medien gegenüber unseren Kämpfen und Ansichten. Auf beide Arten und Weisen – das Verbot eigener Medien und die Ignoranz der Mainstream-Medien – werden wir und unsere Kämpfe mundtot gemacht.

Linksunten.Indymedia hatte selbstverständlich seine Probleme: diskutierbare Moderationskriterien, eine fehlende politische Redaktionstätigkeit, eine untragbare Diskussionskultur in den Kommentaren usw. Nichtsdestotrotz ist mit seinem Verbot vorerst eine wichtige Bewegungsplattform verloren gegangen. Der bundesweite Austausch, das Archiv mit Beiträgen seit 2009 und die umfangreichen antifaschistischen Recherche-Ergebnisse sind gerade nicht zu ersetzen. Dieser Verlust macht deutlich, dass wir in unserem politischen Alltag eine dauerhafte Archiv-Arbeit leisten müssen und zwar gerade der schnelllebigen Internetbeiträge. Das bedeutet in erster Linie die Archivierung der eigenen Beiträge durch die jeweiligen Gruppen und Organisationen. Aber auch ein zentrales Bewegungsarchiv für Jena wäre zu diskutieren.

### Ein paar Gedanken zum Wumm-Blog

Kurz nach dem Verbot von Linksunten wurde der lokale Bewegungsblog wumm.blackblogs.org bekannt gegeben. Hier sollen „emanzipatorische Meldungen aus Jena und Region“ verbreitet werden – sowohl von Gruppen als auch anonym über das Openposting. Als AIBJ-Redak-

tion freuen wir uns über die Erweiterung der lokalen Bewegungsmedien! Wir denken aber, es wäre gut gewesen, die verlinkten Gruppen, deren Beiträge automatisch auf den Wumm-Blog kopiert werden, vorher zu fragen, ob sie in dem Rahmen repräsentiert sein wollen. Außerdem stellt sich hier wie ja auch bei Indymedia die Frage nach dem politischen Rahmen. Auf dem Blog finden sich derzeit Meldungen anarchistischer Gruppen bis hin zum zivilgesellschaftlich-

demokratischen Aktionsnetzwerk. Wir würden uns daher sehr über ein politisches Selbstverständnis der Initiativ- und Redaktionsgruppe freuen. Welches Spektrum will Wumm abbilden? In welchen Fällen werden Beiträge gelöscht oder moderiert? Welche Vorstellung von Bewegung hat die Gruppe?

zu radikalieren und gleichzeitig tief in der kubanischen Gesellschaft und ihren Communities verwurzelt zu bleiben. In kurzer Zeit ist es uns gelungen, das Libertäre Frühlings-treffen in Havanna (Jornadas Primavera Libertaria) als jährliches Ereignis zu etablieren, bei dem wir versuchen, anarchistische oder libertäre Aktionen und Diskussionen zusammenzuführen. Darüber hinaus sind wir Herausgeber\*innen einer bescheidenen, gedruckt erscheinenden Zeitschrift, der „Tierra Nueva!“, mit der wir – nicht ohne Schwierigkeiten – versuchen, unsere kritischen Sichtweisen der normalen Bevölkerung näherzubringen, die kein Internet hat und den Großteil der kubanischen Gesellschaft ausmacht. Außerdem sind wir bestrebt, die freiheitlichen, anarcho-syndikalistischen und ökologischen Ideale voranzubringen, die in der Geschichte dieses Landes bereits vor dem Sieg der Revolution 1959 präsent waren und deren Auswirkungen noch heute aus kleinen versteckten Ritzen des aktuellen kubanischen Systems dringen.

Eines der größten Projekte, die wir derzeit vorantreiben, ist die im März 2015 gemeinsam mit anderen Genoss\*innen der Region gegründete Anarchistische Föderation in Mittelamerika und der Karibik (F.A.C.C.), ein Netzwerk, das noch sehr viel Potential verspricht.

Um das Tempo der Projekte und Aktionen beizubehalten, benötigen wir einen physischen Raum – um zusammenkommen und uns in praktischer Solidarität zu üben, um die Ideen des Kooperativismus, der Horizontalität, der Selbstorga-

nisation und der Autonomie zu erproben.

### **Was suchen wir?**

Angesichts der praktischen Unmöglichkeit, in Kuba einen Raum anzumieten, ist unser Vorschlag der Kauf einer Immobilie, in Form eines Hauses oder einer Wohnung, um dort unser Libertäres Soziales Zentrum und eine Bibliothek gründen zu können. Der Ort soll nicht nur als ständiger Sitz der anarchistischen Gruppe Taller Libertario Alfredo Lopez (TLAL) für Treffen und andere Aktivitäten zur Verfügung stehen, sondern auch eine libertäre Bibliothek beherbergen. Diese wird sich aus den jahrelang angesammelten Materialien zusammensetzen: inländische und ausländische Schenkungen sowie selbst erworbenes Material. Dazu gehören unterschiedlichste digitale und Printformate: regelmäßige oder einmalige Erscheinungen, digital oder analog, CDs, DVDs, Filme, Audios usw. Vorzug bekommen die Materialien, die sich direkt oder indirekt auf den Anarchismus beziehen, jedoch werden auch jene Materialien, die sich aus jedweder politischen Perspektive den sozialen Kämpfen in der Geschichte widmen, vertreten sein.

Andererseits werden auch die für ein soziales Zentrum typischen Aktivitäten stattfinden: Vorträge, Events, Treffen, Küche für alle, Vorstellungen von Texten, Partys, Filmbesprechungen, Austausch mit ausländischen oder inländischen Besucher\*innen aus anderen Provinzen, Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, Werkstätten und vieles mehr.



# Spendensammlung für anarchistisches Zentrum in Kuba

von der AIBJ-Redaktion

Seit 2016 werden Spenden gesammelt, um in Havanna ein anarchistisches soziales Zentrum aufzubauen. Es fehlen noch 2000€. Wir hoffen, der Spendenaufruf der anarchistischen Gruppe, die das Zentrum gründen möchte, erreicht über unser Heft noch einige Menschen und dass auch wir so unseren Beitrag dazu leisten können, dass die anarchistische Bewegung auch im noch oder schon postsozialistischen Kuba weiter Fuß fässt.

Der spanische Spendenaufruf und die praktischen Einzelheiten finden sich auf [www.gofundme.com/gg2wrcac](http://www.gofundme.com/gg2wrcac)

Wer sich für die Geschichte der anarchistischen Bewegung in Kuba interessiert, sollte das Buch „Anarchismus in Kuba. Die Geschichte einer Bewegung“ von Frank Fernández lesen.<sup>1</sup> Wer Informationen über die auch im Aufruf erwähnte anarchistische Föderation Mittelamerika und der Karibik sucht, sei auf die Ausgaben 52 und 53 der Gaidao verwiesen.<sup>2</sup>

Es folgt die vom Internationalen Referat der Föderation deutschsprachiger Anarchist\*innen (FdA) besorgte, leicht geänderte deutsche Übersetzung des Spendenaufrufs.

## Libertäres Soziales Zentrum in Kuba

Nach vielen Jahren öffnen sich die Grenzen und mit den Veränderungen in Kuba ergeben sich neue Möglichkeiten und Gefahren für die kubanische Gesellschaft. Es ist daher unabdinglich, die Arbeit derer zu stärken, die von Kuba aus einen kritischen, antikapitalistischen und antiautoritären Blick auf ein System haben, dessen Auswirkungen sich jeden Tag mit zunehmender Deutlichkeit im nationalen Geschehen zeigen.

Nach mehr als einem Jahrzehnt der sozialen und politischen Aktivitäten im Observatorio Crítico Cubano und fünf Jahren als Teil der anarchistischen Gruppe Taller Libertario Alfredo Lopez (TLAL) haben wir erkannt, dass eines der Hauptprobleme für unsere Arbeit und die Ausweitung unserer sozialen Kämpfe das Fehlen eines festen Ortes ist, von dem aus wir unsere Community entwickeln und unsere Identität stärker und nachhaltiger ausprägen können.

## Wer sind wir?

TLAL ist ein dezidiert anarchistisches Kollektiv mit einer konstanten, jahrelangen Aktivität. Dabei waren wir bestrebt, unsere Ansätze

# Weimar im April

Wie aus Misshandelten Täter/innen gemacht wurden.  
Ein Lehrstück des Polizeistaats von einem  
Mitglied der Soligruppe Weimar im April

## Was geschah am 19.4.2012?

Gegen zwei Uhr morgens stoppen zwei Polizeiwagen eine Gruppe von vier Personen kurz vor deren Haustür. Die Beamt/innen wollen alle vier zur Identitätsfeststellung auf die Wache bringen, ohne Gründe für diese Maßnahme zu nennen. Eine der betroffenen Personen wird dafür zu Boden geworfen und unter Schlägen in den Dienstwagen gezwungen. Auf der Wache müssen sich alle vier nackt ausziehen und einer «Nachschau» in ihre Körperöffnungen unterziehen. Piercings werden gewaltsam entfernt und von den männlich gelesenen Personen werden Fotos gemacht, wobei sie handgemalte Schilder mit ihren Namen und Daten halten müssen. Danach kommen sie für zehn Stunden in Einzelzellen in Gewahrsam. Die ganze Nacht über tauchen immer wieder Beamte vor und in der Zelle einer der weiblich gelesenen Personen auf. Aufgrund ihres Namens wird sie rassistisch beleidigt mit u.a.: «Dir geht es noch viel zu gut in Deutschland!» oder «Ein Wunder, dass du die Regelschule geschafft hast bei deinem mickrigen Hirn!». Sie wird bedroht mit den Worten «Wir kriegen euch klein (...) Ihr werdet euch wünschen, niemals geboren worden zu sein!». Die Polizisten machen auch Anspielungen auf zwei Weimarer/innen, A. und F., die sich 2010 das Leben nahmen. Die beiden wurden im Rahmen der

polizeilichen und öffentlichen Hetzjagd nach dem «Feuerteufel», der/die vermeintlich für Containerbrände zwischen 2006 und 2009 verantwortlich wäre, ständig in der Stadt von der Polizei schikaniert, angezeigt, mit Hausdurchsuchungen und Untersuchungshaft terrorisiert. In der Nacht vom 19.4.2012 drohen Beamte der einen Inhaftierten, dass es ihr ergehen würde wie A. und F. Als die Inhaftierte auf Toilette gehen will, hält gar ein Beamter seinen eigenen übergriffigen Kollegen davon ab, ihr zu folgen. Als die Beamten später wieder die Zelle betreten und die Betroffene verbal protestiert, werden ihre Oberarme rücklings gefesselt und sie wird über den Zellenboden geschleift, wobei sie Wunden im Gesicht und eine offene Wunde über den ganzen Unterarm erleidet. Die Wunden bleiben unversorgt. Gegen 9.30 Uhr werden die vier Personen einzeln verhört. Erst in den morgendlichen Vernehmungen werden ihnen die Vorwürfe aus der Nacht genannt: Eingriffe in den Straßenverkehr, Graffiti und Widerstand gegen ihre Festnahme. Diejenige Person, die nachts massiv misshandelt wurde, wird hingegen vom Staatsschutzbeamten Vaskulat zu völlig anderen Vorwürfen vernommen, die mit der vergangenen Nacht gar nichts zu tun hatten. Gegen Mittag werden dann alle entlassen.

## Die «Ermittlungen» von LKA und Staatsanwaltschaft

Als in den Folgetagen ein Artikel zu diesem Gewaltexzess der Weimarer Polizei auf Indymedia erschien, leitete der Leiter der Polizeiinspektion, Ralf Kirsten, Ermittlungen wegen Körperverletzung im Amt ein. Die Betroffenen wurden als Zeug/innen vorgeladen. Sie entschieden sich trotz aller Zweifel dazu, die verantwortlichen Beamt/innen nicht nur in detaillierten Aussagen zu belasten, sondern auch Strafantrag zu stellen. Im selben Zeitraum gründete sich die Solidaritätsgruppe «Weimar im April», die die Betroffenen unterstützen und Öffentlichkeit rund um Polizeigewalt in Weimar herstellen wollte. Alle in der Nacht diensthabenden Beamt/innen wurden von einer LKA-Beamtin für interne Ermittlungen vernommen. In diesem Rahmen machte die Beamtin auch ein «Experiment», indem sie sich entsprechend der Schilderung der Betroffenen Handschellen an die Oberarme anlegen ließ. Völlig ungeachtet der Unterschiede in Körpergröße, Armumfang uvm. schloss sie daraus, dass die Fesselung dieser Art nicht möglich wäre. Natürlich hatte keine/r der Beamt/innen überhaupt etwas von den Beleidigungen, der Schikane und der Gewalt gesehen oder gehört. Es kam, wie es kommen musste: Bald wurden die Ermittlungen gegen alle Polizist/innen eingestellt und drei der vier Betroffenen erhielten Strafbefehle; zwei wegen «Falscher Verdächtigung» und die Hauptbetroffene wegen «Vortäuschens einer Straftat» und «Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte». Das Verfahren wegen Widerstand wurde getrennt geführt. Vor dem Amtsgericht wurde die Betroffene verurteilt. In der Beru-

fungsverhandlung wurde dann das Verfahren zugunsten einer mittelmäßig hohen Zahlungsaufgabe eingestellt, wobei die Betroffene zusätzlich die Gerichtskosten und ihre Anwalt/innenkosten zu tragen hatte.

### Der Prozess

Im März 2015 begann der Prozess gegen drei Betroffene wegen «Falscher Verdächtigung» und «Vortäuschens einer Straftat». «Weimar im April» hatte bereits vorher eine Ausstellung zu Polizeigewalt im Weimarer Lichthaus organisiert. Dies stieß der Polizei offenbar so sehr auf, dass sie erst versuchte, vom Lichthaus eine polizeiliche Anmeldung der Vernissage zu erzwingen, um dann zu selbiger mit mehreren Streifenwagen Präsenz zu zeigen. Die Einschüchtungsstrategie setzte sich fort, als an den ersten drei Verhandlungstagen morgens Streifenwagen vor dem Elternhaus einer der Angeklagten standen und ein ihr nahestehender Zeuge auf dem Weg ins Gericht «wegen Verdachts auf Drogen» kontrolliert wurde. Die Soligruppe dokumentierte die Verhandlungstage und initiierte im Vorfeld eine Untersuchungsgruppe aus Anwalt/innen, Rechtswissenschaftler/innen, Journalist/innen, Ärzt/innen und Parlamentarier/innen, die abwechselnd die Verhandlungen besuchten und öffentlich kommentierten. Am ersten Verhandlungstag verlasen die Angeklagten Erklärungen, die die Polizeigewalt und die durchschaubare Strategie der Staatsanwaltschaft kritisierten, per Einstellung hier und Anklage dort die uniformierten Täter/innen zu schützen. Sie stellten in den Erklärungen auch den

# Kommende Termine

zusammengestellt von der AIBJ-Redaktion

Im Oktober finden wieder die Alternativen Orientierungstage (**ALOTA**) an der Uni Jena statt. Das Programm ist leider noch nicht veröffentlicht. Deswegen weisen wir hier nur kurz auf die anarchistischen Veranstaltungen bei der ALOTA hin:

- Die FAU macht Veranstaltungen zu Arbeitskämpfen studentischer Arbeiter\_innen, zu Arbeitsbedingungen in der Gastronomie, einen Filmabend zu den Arbeitskämpfen der FAU der letzten Jahre und wiederholt die Wanderung zum Thema Militarismus.
- Die Solidaritätsgruppe der Gefangenen-Gewerkschaft zeigt den Film Outlaws.
- Es findet wieder der zweiteilige Workshop zur Einführung in den Anarchismus statt, außerdem eine Veranstaltung zu den G20-Protesten in Hamburg.
- Die anarchistische Aktionsküche Black Kitchen macht eine Küche für Alle.

7.10. | 20:00 | Haus

### Critical Crisis Concerts

Selbstorganisiertes Konzert, u.a. mit der Band Sittenleere.

18.10. | 9:00 | Arbeitsgericht Gera

### FAU gegen Uni Jena am Arbeitsgericht Jena

Eine ehemalige studentische Hilfskraft und FAU-ler fordert von der Uni Jena nachträglich den Tariflohn. Der Zug zur gemeinsamen Anreise fährt 7:44 von Jena-West.

6.-12.11 | FAU-Gewerkschaftslokal

### Eröffnungswoche des FAU-Gewerkschaftslokals "Milly Witkop"

Mit täglichen Veranstaltungen soll das FAU-Gewerkschaftslokal "Milly Witkop" eröffnet werden. Infos zeitnah unter [fau.jena.org](http://fau.jena.org).

25.11. | 20:00 | Haus

### Critical Crisis Concerts

Selbstorganisiertes Konzert mit den Bands Pisse, Abriss, Toylettes und Ponys auf Pump.

Milly Witkop mit Rudolf Rocker (rechts) und Fermin Rocker (links)



### Wie könnt ihr uns unterstützen?

Um unabhängig von Geldern von Staat, Partei und anderen solchen Organisationen ein Lokal im Jenaer Stadtzentrum betreiben zu können, braucht es den Zusammenhalt und die Unterstützung Vieler. Es gibt mehrere Wege, wie ihr uns dabei unterstützen könnt:

- Werdet regelmäßige Spender und Spenderinnen, am besten in Form eines monatlichen Dauerauftrags an das Konto des Lokals. Schon 5€ oder 10€ im Monat machen einen Unterschied!
- Ihr könnt natürlich auch einmalige Spenden auf das Konto überweisen. Gerade zu Beginn müssen wir einen größeren Betrag für die Raumausstattung aufbringen.

- Fragt Freund\_innen und Verwandte, ob sie unser unterstützen und spenden möchten.
- Werdet selbst Mitglied der FAU.

### Das Spendenkonto

FAU Erfurt/Jena  
IBAN DE34 8306 5408 0104 7572 03  
BIC GENODEF1SLR

Bei Fragen oder sonstigen Anliegen könnt ihr uns unter folgender E-Mail-Adresse erreichen: [fauj-lokal@fau.org](mailto:fauj-lokal@fau.org).

Weimarer Chefpolizist, Teilnehmer am Bürgerbündnis gegen Rechts und Vertuscher von Polizeigewalt und -misshandlungen - Ralf Kirsten.



Zusammenhang mit der Kontinuität polizeilicher Schikane gegen linke, nicht-konforme Jugendliche in Weimar dar, wie sie sich bereits in der Hetzjagd auf den «Feuerteufel» zeigte. Außerdem wurden auf Antrag der Verteidigung zwei Zivilbeamte/innen des Saales verwiesen. In den weiteren vier Verhandlungstagen kam durch die Zeug/innen-aussagen der beteiligten Polizist/innen das ganze Ausmaß der organisierten Vertuschung ans Licht:

- Alle uniformierten Zeug/innen nahmen auf Initiative ihres Chefs, Ralf Kirsten, an einem speziellen Vernehmungstraining zum Thema «Polizeibeamte vor Gericht» bei einer Lehrkraft der Polizeifachschule Meinungen teil, um mittels Rollenspielen auf Befragungstechniken der Verteidigung vorbereitet zu werden. Sie machten auch einen Ausflug ins Erfurter LKA, wo sie nicht nur ihre eigenen Zeug/innen-aussagen noch einmal studieren durften, sondern auch Einsatzberichte jener Nacht einsehen konnten.
- Das sog. Gewahrsamsbuch, in dem die vorgeschriebenen Kontrollgänge in die Gewahrsamszellen

vermerkt werden müssen, war kurioserweise verschwunden und stattdessen in Form von selektiven, handschriftlichen Abschriften jener LKA-Beamtin, die die internen Ermittlungen führte, zur Akte gelangt. Diese Abschriften waren so lückenhaft, dass offensichtlich die Vorschriften der Gewahrsamsordnung durch die Beamte/innen verletzt worden waren. Polizei und Staatsanwaltschaft bevorzugten also das Eingeständnis dieses milder-schweren Rechtsbruchs gegenüber der Gefahr, bei ordentlicher Führung und Vorlage des Buches die Namen der misshandelnden Beamten offenzulegen.

- Die Fotos von zwei der vier Betroffenen, die mit den handgemalten Namensschildern gemacht wurden, waren gar nicht in der Akte enthalten und auch nicht mit einer Polizeikamera angefertigt worden. Stattdessen gingen sie auf den übergrieffigen Wahn des Polizisten Rimpler zurück, der dafür seine Privatkamera nutzte.
- Ein Polizeizeuge, der in seiner früheren Vernehmung noch seine Beobachtungen von der brutalen Festnahme einer der Betroffenen

dargelegt hatte, wollte vor Gericht davon nichts mehr wissen. Stattdessen gab er an, durchgängig mit Funken in seinem Wagen beschäftigt gewesen zu sein und wollte nichts gesehen haben. Er widersprach auch Angaben aus dem Gewahrsamsbuch und der Außen dienstdokumentation, an weiteren Diensthandlungen und Außeneinsätzen jener Nacht beteiligt gewesen zu sein.

- Eine Beamtin, die für Fälle häuslicher Gewalt zuständig ist, bestätigte leichte Handverletzungen bei der Hauptbetroffenen, die während des morgendlichen Verhörs sichtbar waren. Sie wollte jedoch sicher ausschließen, dass es die offene Wunde am Unterarm gegeben haben könnte, weil ihrem geschulten Auge das ja sicher aufgefallen wäre.

- Zwei vermutlich wichtige Polizeizeug/innen wurden über die Dauer des Prozesses langfristig krankgeschrieben und somit vor einem Zwang zur Aussage geschützt.

- Ein weiterer Zeuge, der aus anderen Gründen in jener Nacht zeitgleich mit den vier Betroffenen im Gewahrsam war und zuerst bei seiner Festnahme ins Gesicht geschlagen und im Liegen getreten wurde und auf dem späteren Weg in den Gewahrsamstrakt der Wache gefesselt auf die Treppenstufen fallengelassen worden war, wurde nach Einstellung seiner Anzeige gegen die Polizei genauso wegen «Vortäuschens einer Straftat» angeklagt.

Am fünften Prozesstag konnte bereits bilanziert werden: Der ganze Gewahrsam war rechtswidrig, da für eine Identitätsfeststellung eine Personalienkontrolle auf der Straße gereicht hätte, die Schikane mit

den Fotos keine Qualität einer ordentlichen erkennungsdienstlichen Behandlung darstellte und der faktisch durchgeführte «Unterbindungsgewahrsam» einem richterlichen Beschluss hätte unterliegen müssen. Die Gewalt betraf nicht nur die vier Betroffenen, sondern auch andere Inge wahrsamgenomme in jener Nacht. Polizeichef Ralf Kirsten hatte Hand in Hand mit der LKA-Stelle für interne Ermittlungen und der Staatsanwaltschaft dafür gesorgt, dass möglichst keinem/r Uniformierten irgendwas nachzuweisen wäre und dass alle die gängigen Antworten von «hab ich nicht gesehen», «kann ich mich nicht erinnern» oder «hab ich nicht entschieden» gerichtsfest abzuspuhlen wussten. Dabei widersprachen sie sich jedoch immer wieder markant. Sie waren zudem auch nicht imstande, ihre Vorurteile bis hin zu Verachtung (besonders Staatsschützer Vaskulat) gegenüber den Angeklagten zu verbergen. Da weitere aufschlussreiche Vernehmungen von Polizist/innen anstanden, zog Staatsanwalt Kästner-Hengst am fünften Verhandlungstag die Notbremse und nahm kurzerhand die Strafbefehle gegen zwei Angeklagte zurück und willigte in die Einstellung der dritten Anklage ein. Damit war der Prozess plötzlich zu Ende.

### **Jeder Staat ist Polizeistaat**

Zunächst schien das Platzen des Prozesses einen Erfolg für die Verteidigung und die Arbeit der Soligruppe zu markieren. Die Polizei war mit ihrem Versuch, aus den Misshandelten Täter/innen zu machen, nicht durchgekommen. Auch die Presse berichtete von den massiven Rechtsbrüchen der Wei-

# **Unterstützt den Aufbau des FAU-Gewerkschaftslokals „Milly Witkop“ in Jena!**

von der FAU Jena

Als Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) in Jena wollen wir ab November 2017 ein eigenes Gewerkschaftslokal im Jenaer Stadtzentrum betreiben. Dafür brauchen wir eure Unterstützung!

### **Was ist die FAU?**

Die FAU ist eine Basisgewerkschaft. Wir basieren auf der Selbstorganisation der Arbeiter\_innen, d.h. wir haben keine bezahlten Funktionär\_innen. Darüber hinaus begreifen wir uns als Teil der anarchosyndikalistischen Bewegung, d.h. wir versuchen anarchistische Ideale der Freiheit und Gleichheit schon heute umzusetzen und lehnen sozialpartnerschaftliche Kompromisse mit unseren Chefs und Chefinnen ab. In Jena gibt es uns seit 2012. Seitdem haben wir eine wöchentliche gewerkschaftliche Sprechstunde initiiert, zahlreiche Bildungs- und Kulturveranstaltungen organisiert, Arbeitskämpfe im Minijobbereich geführt und gewonnen, eine Betriebsgruppen im Call Center und an der Uni Jena sowie eine Bildungssektion aufgebaut.

### **Warum ein eigenes Gewerkschaftslokal?**

Gerade im letzten Jahr, in dem wir mehrere Arbeitskonflikte im Bildungs- und Minijobbereich hatten

und zahlreiche Kolleg\_innen unserem Syndikat beigetreten sind, ist bei uns das Bedürfnis nach einem eigenen Lokal entstanden. Wir brauchen nicht nur Platz für organisatorische Treffen und Veranstaltungen, sondern wollen auch eigenständig sichtbar und erreichbar werden. Gleichzeitig wollen wir unsere Gewerkschaft weiter aufbauen, mehr Arbeitskämpfe initiieren, mehr Betriebsgruppen gründen, mehr Menschen begeistern, sich für ihre Interessen, Bedürfnisse und Ideale einzusetzen und so die sozialen Kämpfe von unten stärken. Ein eigenes Gewerkschaftslokal bildet dafür die Grundlage.

### **Wer war Milly Witkop?**

Das Lokal soll den Namen Milly Witkop tragen. Milly Witkop war eine jüdische Arbeiterin, Anarchistin, Gewerkschafterin und Feministin aus Russland. Sie lebte und wirkte im Londoner, deutschen und US-amerikanischen Exil. In der Weimarer Republik war sie Mitglied der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD), unserer historischen Vorgängerorganisation, und maßgeblich am Syndikalistischen Frauen-Bund (SFB) innerhalb der FAUD beteiligt.

das sich nicht nur auf den Sport konzentriert. So wollen wir auch außerhalb der Sportkurse und Mitgliedsversammlungen Veranstaltungen organisieren, Mitglieder untereinander vernetzen und uns kennenlernen.

Bald soll es eine große Versammlung aller Interessierten und bereits Aktiven geben, bei der wir über den aktuellen Stand des Vereins und Sportangebots informieren. Darüber hinaus wollen wir auch über

neue Ideen und Wünsche der Anwesenden sowie deren Umsetzung sprechen. Diese werden wir nochmal ankündigen. Wenn ihr jetzt schon auf unseren Infoverteiler möchte, schreibt uns eine Mail!

Kontakt:  
kontakt@rotersternjena.org,  
www.rotersternjena.org



marer Polizei und ihren Verstrickungen in den gerichtlichen Vernehmungen. Allerdings ist die Gesamtbilanz trotzdem verheerend: Uniformierte können straflos in ihren Zellen Menschen rechtswidrig zehn Stunden einsperren, schikanieren, beschimpfen und verprügeln. Dessau im Januar 2005 hat gezeigt, dass die Polizei in letzter Konsequenz auch straflos die bereits rechtswidrig Eingesperreten aus rassistischen Motiven bewusstlos prügeln und dann verbrennen kann, siehe [initiativeouryjalloh.wordpress.com](http://initiativeouryjalloh.wordpress.com). Die Täter/innen können genauso straflos vor Gericht lügen. Sie tun das alles mit Beamtengehalt in ihrer Arbeitszeit und die von ihnen verursachten Prozesse kosten sie keinen Cent. Ihr Schutz wird per LKA und Staatsanwaltschaft von Steuergeldern bezahlt. Warum sollten diese Institutionen, die offiziell natürlich «unabhängig und unvoreingenommen» ermitteln sollten, auch ihre eigenen Kolleg/innen bzw. ihr eigenes Ermittlungspersonal reinreißen? Und dadurch an der Legitimation ihres Gewaltmonopols - Schutz der Bevölkerung - rütteln lassen?

Die Betroffenen hingegen wurden nach erfahrener Ohnmacht, Erniedrigung und Misshandlung als Strafe für ihre belastenden Aussagen gegen Polizist/innen angeklagt, in drei Jahre andauernde Verfahren gezwungen und sie mussten Tausende von Euro aufbringen, um ihre Verteidigung zu bezahlen. Die Traumatisierungen vom 19.4.2012 müssen sie selbst bewältigen oder schlimmstenfalls beim nächsten Ausrücken vom Prügelteam Rimpler & Co erneut erfahren. Für die Öffentlichkeit musste die Soligruppe

bundesweit nach bürgerlich anerkannten «Expert/innen» suchen, die dafür Sorge trugen, dass eine polizeikritische Deutung des Falles überhaupt Beachtung bekommt.

In der Pressekonferenz nach Prozessende forderte der LINKE-Abgeordnete, der auch die Staatsanwaltschaft für ihr «Aufklärungsbemühen» lobte, als Konsequenz einzig eine «unabhängige Beschwerdestelle». Demgegenüber stellte ein Sprecher von «Weimar im April» klar, dass existierende Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit von Polizei und Justiz zwangsläufig zur Folge haben müssten, dass die Polizeiinspektion Weimar mitsamt des umliegenden Wohnviertels zum Gefahrengebiet erklärt wird und alle diensthabenden Beamten nach § 129 StGB, Bildung einer kriminellen Vereinigung, angeklagt werden müssten. Da hiervon jedoch nicht ausgegangen werden kann, würde der Soligruppe nach einzig eine größere Vernetzung von Betroffenen der Polizeigewalt und selbstorganisierter Schutz gegen Polizei und Justiz helfen.

# Bewegungs-Nachrichten

zusammengestellt von der AIBJ-Redaktion

- 30.6. FAU-Kundgebung beim universitären Sommerfest**  
Vorm alljährlichen Sommerfest der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena, dem Treffpunkt der Jenaer High Society, hat die FAU Erfurt/Jena eine Kundgebung veranstaltet, um auf die verschiedenen Arbeitskämpfe Studentischer Hilfskräfte, insbesondere der drei Kolleg\_innen aus dem Methodolabor hinzuweisen. Sie fordern die Entfristung ihrer Verträge und Tarif- statt Mindestlohn. Während der Kundgebung wurden 500 Flyer verteilt.
- 1.7. „Recht auf Stadt Jena“ beteiligt sich an Kampagne „Mietenwahnsinn stoppen“**  
Der Gesprächskreis zu Mietpolitik und -kämpfen „Recht auf Stadt Jena“ erklärt seine Unterstützung der bundesweiten Kampagne „Mietenwahnsinn stoppen“ und betont, dass er rot-rot-grüne Regierungspolitik ablehnt und stattdessen auf die Selbstorganisation von unten setzt. Dazu wurde in Jena mit Stickern und Plakaten ein bisschen Propaganda-Arbeit geleistet.
- 3.-9.7. Thüringen beim G20-Gipfel in Hamburg**  
450 Thüringer Bullen – 3 Hundertschaften der Bereitschaftspolizei, 50 Kripo-Beamte, Wasserwerfer u.a. – wurden von unserer linken Landesregierung nach Hamburg beordert, um die Proteste gegen den G20-Gipfel niederzuschlagen. Wie später rauskam, war der Polizei in Hamburg der „Schusswaffengebrauch zur Eigensicherung“ freigegeben. "Schießbefehl", hätte man 1989 gesagt. Zur Belohnung gab es anschließend einen Tag Sonderurlaub. Während des Gipfels erhielten sie politische Unterstützung von den hiesigen Medien und der Politiker\_innen-Klasse, die Alle fleißig gegen die Proteste hetzten. Sogar Matthias Quent, der bekannte Jenaer Staatsantifakarrierist, ließ sich gegenüber thuringen24.de zu dem Statement hinreißen, dass Deutschland ein Problem mit gewaltbereiten Linken habe.
- Auf der anderen Seite machten sich auch Menschen aus der autonomen Bewegungen aus Thüringen, u.a. die Jenaer Aktionsküche Black Kitchen, auf, um sich am Widerstand gegen den G20-Gipfel zu beteiligen. Über die Ereignisse in Hamburg kann man sich an anderer Stelle ausführlich informieren. Hier sei nur kurz auf den Artikel über die Thüringer Beteiligung an den Protesten auf Seite 35 verwiesen.
- 4.7. Thüringen am Leipziger Abhörzentrum Ost beteiligt**  
Im Rahmen der seit 2002 bestehenden „Sicherheitskooperation Ost“ wird in Leipzig zwischen 2017 und 2019 ein ostdeutsches Überwachungszentrum für Telekommunikation gebaut. Es soll in den Worten des Staats die Strafverfolgung von „schweren Straftaten“ und „Terrorismus“ erleichtern, wird also auch unsere Unterdrückung als Anarchist\_innen verstärken. Thüringen hat am 4. Juli als letztes beteiligtes Bundesland seine Mitarbeit angekündigt. Am 8. September unterzeichnete Innenminister Georg Maier (SPD) den entsprechenden Staatsvertrag.

# Vorstellung des Roten Stern Jena

vom Roten Stern Jena

Seit Längerem ist uns aufgefallen, dass es keine Angebote in Jena gibt, die explizit aktiven Sport und (linke) Politik miteinander vereinen, so wie sie z.B. in Leipzig oder Gera existieren. Außerdem haben einige von uns schlechte Erfahrungen mit Leistungsorientierung und mackerhaftem Verhalten in anderen Vereinen gemacht. Daraus entstand der Wunsch, einen eigenen Sportverein aufzubauen, in dem wir uns alle wohlfühlen und Sport als eine Sache erleben können, die uns empowert und die wir selbstorganisiert nach unseren eigenen Vorstellungen von einem guten Miteinander gestalten können.

Letztes Jahr fand sich eine Gruppe von Leuten, die sich an die Arbeit gesetzt, eine Satzung und eine Gebührenordnung verfasst und den Verein gegründet hat. Seitdem schlagen wir uns leider noch etwas mit der Vereinsbürokratie rum, aber nun endlich ist der Rote Stern Jena bald ein eingetragener, gemeinnütziger Verein und es kann mit dem Sport losgehen!

Wir wollen schöne Sportangebote schaffen, uns sportlich selbst wirklichlich und selbst verwalten. Die bisherigen Sportideen reichen von (Frauen\*)Fußball über Queersalsa, Basketball, bis hin zu Selbstverteidigung, Wandern und noch vielem anderen. Außerdem wollen wir Sport mit Menschen treiben, die miteinander solidarisch sind und

eine politische Haltung teilen; die ist für uns: antifaschistisch, antisexistisch, antirassistisch und gegen jede Form der Menschenverachtung und Diskriminierung. Diese Haltung wollen wir auch in unserer Struktur ausdrücken. Sowohl, indem wir grundsätzlich so basisdemokratisch, wie das in einem deutschen Verein möglich ist, Entscheidungen fällen, als auch durch verschiedene Beiräte. Mit diesen wollen wir Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, eine Plattform zur Selbstorganisation ermöglichen und ihrer Stimme in Vereinsentscheidungen mehr Gewicht geben. Die in der Satzung stehenden Beiräte sind bisher: die Jugendversammlung, die FLIT\*(Frauen-Lesben-Inter-Trans\*)-Versammlung sowie die AntiRa-Versammlung für Menschen, die negativ von Rassismus betroffen sind. Außerdem wollen wir Menschen, die über wenig Geld verfügen, auch die Teilhabe im Sportverein ermöglichen und haben deshalb besondere Ermäßigungen vorgesehen, die Kinder und Einkommen berücksichtigen.

Wir sind davon überzeugt, dass wir mit dem Roten Stern Jena eine Gegenkultur im Sport aufbauen können, gerade weil alle, die unsere Ziele teilen, mitmachen können und sollen. Wir wünschen uns ein soziales Miteinander, in dem jede\*r sich sicher fühlen kann, das die persönliche Ebene aller mit einbezieht und

Für uns war es in vielerlei Hinsicht ein gelungener Ausflug: Erstens sind wir auf diesem Weg mit mehreren Interessierten ins Gespräch gekommen. Nicht nur Historisches, sondern auch aktuelle gewerkschaftsrelevante Dinge wurden thematisiert. Zweitens haben wir durch die kurzen thematischen Inputs viel über die Lokalgeschichte – von Napoleon über Nationalsozialismus bis zur DDR – gesprochen. Drittens war es einfach eine sehr schöne Wanderung. Und beim nächsten Mal packen wir noch das schwarz-rote Liederbuch ein!

Falls ihr Interesse habt, an einer der nächsten Wanderungen teilzunehmen, oder gerne auf den Newsletter der Wandergruppe gesetzt werden möchtet, meldet euch unter: [fauj-wandern@fau.org](mailto:fauj-wandern@fau.org)

FAU-Wandergruppe Jena, 24. September 2017

## Mittäter- und Mitbewohner\*innen gesucht

Wir wohnen nun seit fast 10 Jahren selbstverwaltet zusammen in einem Hausprojekt ca. 25 Kilometer von Jena entfernt in der „Provinz“. Zu unserem Hausprojekt gehören mehrere offene Werkstätten mit Schwerpunkt nähen, siebdrucken, zweiradschrauben.... Wir betreiben einmal wöchentlich eine Kneipe mit Küfa.

Wohnen ist bei uns sowohl im Wagen als auch im Zimmer möglich. Das Haus und dessen Infrastruktur ist alles andere als fertig und eine verhasst wie auch geliebte Dauerbaustelle.

Die Bespielung der öffentlichen Räume als auch die Verwaltung und Organisation des gesamten Projektes wächst uns mit zu wenig Leuten über den Kopf.

Wir suchen Menschen, welche hier wohnen und sich in bestehende Projekte einbringen oder neue Ideen umsetzen wollen. Bei Interesse meldet euch auf mit einer Mail unter: [anfrage\\_wohnen@gmx.de](mailto:anfrage_wohnen@gmx.de)

Wir freuen uns auf eure Anfragen!

### **Scheibe in Jenaer Grünen-Büro eingeschmissen**

In der Nacht vom 4. Juli wurde die Scheibe des Grünen-Büros am Johannisplatz eingeworfen, Sachschaden 1000€. Im Bekenner schreiben, das auf [linksunten.indymedia](http://linksunten.indymedia) veröffentlicht wurde, hieß es, die Aktion richte sich gegen die Repression der Proteste gegen G20 durch den Hamburg rot-grünen Senat sowie gegen die Abschiebepolitik der rot-rot-grünen Thüringer Landesregierung.

### **Solidarität mit Mohsen Hossaini**

Das antirassistische und antikoloniale Netzwerk The Voice hat zur Unterstützung seines Mitglieds Mohsen Hossaini aus Bad Sulza bei der Anhörung seines Asylantrags in Meiningen aufgerufen. Als Angehöriger der Hazara, einer ethnisch verfolgte Gruppe, war er aus Afghanistan geflohen. Über den Ausgang der Anhörung ist uns nichts bekannt.

### **Überstunden für drei Hilfskräfte aus dem Methodenlabor der Uni Jena nachgezahlt**

Nach Aktionen, Klageerhebung und monatelangen Verhandlungen der FAU-Bildungssektion mit der Uni haben drei studentische Hilfskräfte alle ihre Überstunden nachgezahlt bekommen. Es geht um jeweils 500-700€.

### **FAU Jena erwirkt Lohnnachzahlung für studentische Hilfskraft in der Thulb**

Für einen Kollegen aus der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek konnte die FAU eine Lohnnachzahlung durchsetzen. Der Kollege war nicht nach Tarifvertrag angestellt, obwohl seine Tätigkeit das erforderte. Die Nachzahlung besteht aus der Differenz zum Mindestlohn.

### **Protest gegen Abschiebungen in Erfurt**

Am 13. und 20. Juli fanden Abschiebungen aus mehreren Lagern aus Erfurt statt. In derselben Nacht wurde die Scheibe eines Linken-Büros in Erfurt eingeworfen. Medien und PdL vermuten einen rechten Hintergrund. Wir würden aber auch nicht ausschließen, dass hier jemand wütend über die linke Abschiebepolitik war. Am 21. Juli trafen sich ca. 20 Personen in der Erfurter Innenstadt und machten mit Megaphon und Flyern auf diese Verbrechen aufmerksam. Am selben Tag berichtete die Presse, dass im ersten Halbjahr 2017 327 Menschen aus Thüringen abgeschoben wurden, 7,5% mehr als im Vorjahr und entgegen dem zurückgehenden Bundestrend. Trotzdem werden immer noch und trotz alledem antirassistische und antifaschistische Straßenbündnisse mit den rot-rot-grünen Verantwortlichen geschlossen.

### **Kollektives Cornern vor Jenaer Bullenwache**

Nach einem Aufruf auf [allesallenjena.noblogs.org](http://allesallenjena.noblogs.org) trafen sich mehr als 20 Leute gegenüber der Polizeiwache am Anger, tranken gemeinsam und diskutierten über die Polizeigewalt gegen die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Im Vorfeld wurde der Protest direkt vor der Wache verboten, dann war zu Beginn noch viel BFE präsent und wollte vermeintliche Glasflaschen sicherstellen – typische Schikane.

### **Sexistischer Angriff in Jena**

In einer Tanzbar in der Innenstadt wurden zwei Frauen von zwei Männern angegriffen. Sie öffneten deren BHs und fassten in den Intimbereich. Am nächsten

4.7.

5.7.

8.7.

12.7.

21.7.

21.7.

21.7.

Morgen wurde einer Frau in der Straßenbahn von einem Mann der BH geöffnet und ins Gesicht ge Griffen. Sie wehrte sich gegen den Übergriff.

## 29.7. Solidarische Grüße aus Erfurt an Black Triangle und die G20-Gefangenen

Mit einem klassischen autonomen Transpi-und-Pyro-Bild machten ca. 40 Leute auf die angedrohte Räumung des besetzten Bahngeländes Black Triangle in Leipzig sowie auf die G20-Gefangenen aufmerksam. Mit auf dem Bild ist auch Bernd das Brot. Er hatte sich ja schon Anfang 2009 mit den Besetzer\_innen des dann geräumten Topf-und-Söhne-Geländes solidarisiert.



Bernd das Brot und ein Haufen Erfurter Autonomer mit den Transparenten: "Hände weg vom Black Triangle" und "Solidarität mit den Gefangenen in HH und überall".

## Seit Ende Juli (Anti-)Wahlkampf in Jena

Mit dem Beginn der Wahlpropaganda der Staatsparteien begann auch der Widerstand nicht nur gegen einzelne Parteien, sondern auch gegen die Wahlen an sich. Es wurden immer wieder Plakate aller Parteien runtergerissen, beschmiert oder umgestaltet. Am 21. September wurde ein Werbebus der CDU beschädigt, Sachschaden 3000€. Ob das nun Linke oder Merkel-muss-Weg-Nazis waren, kann niemand sagen. Es ist nichtsdestotrotz davon auszugehen, dass einige dieser Aktionen nicht von Partei-Aktivist\_innen als Straßenwahlkampf, sondern von Anarchist\_innen als Wahlsabotage durchgeführt wurden.

## 1.8. Hundert Gefangene der JVA Tonna unterstützen Petition der Gefangenen-Gewerkschaft

Die GG/BO-Soligruppe Jena hat bekannt gegeben, dass ca. 100 Gefangene aus der JVA Tonna die Petition der Gefangenen-Gewerkschaft für GG/BO-Mitgliederversammlungen in der sächsischen JVA Zeithain unterstützen. Auch in Tonna werde daran gearbeitet, Mitgliederversammlungen hinter Gittern durchzusetzen.

Unterdrückungserfahrungen wieder präsent zu machen und uns dabei besser kennenzulernen. Alle sind herzlich willkommen, an unseren Wanderungen teilzunehmen! Wer beim Lesen dieses Texts Lust bekommen mitzuarbeiten, kann sich gerne bei uns melden!

## Wandergruppe der FAU zum ersten Mal in Aktion

Für Sonnabend, den 23. September 2017, hatte die FAU-Wandergruppe Jena zu ihrer ersten Wanderung zum Thema Militarismus eingeladen. Zehn Menschen zwischen 2 und 60 machten sich schließlich auf den Weg.

Erste Station war das Blinkerdenkmal oberhalb des Landgrafens. Dieses wurde 1920/21 vom Signalisten-Veteranenverband „Bund Deutscher Blinker“ errichtet, zu DDR-Zeiten entmilitarisiert, 2008/09 von der Reservistenkameradschaft Jena, dem Jugendarbeitskreis des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge sowie einem Logistik-Bataillon der Bundeswehr aus Paderborn wiederhergerichtet und 2012 zum Ziel eines antimilitaristischen Farbschlags.

Anschließend ging es weiter hoch zum Napoleonstein, wo wir über die Bedeutung der napoleonischen Kriege für die Entwicklung des deutschen Nationalismus und die seit 1986 vom Verein „Jena 1806“ organisierten Kriegsspiele auf dem ehemaligen Feld der Schlacht von Jena und Auerstedt sprachen.

Wir ließen den Napoleonstein hinter uns und liefen über den Windknol-

len. Hier war die Nutzung als Truppenübungsplatz durch die Wehrmacht und - den Jenenser\_innen besser in Erinnerung - die sowjetische Armee Thema.

In Closewitz angekommen, besuchten wir das Kriegerdenkmal für die Gefallenen des ersten und zweiten Weltkriegs und sprachen über die wiederholten nationalistischen und militaristischen Kampagnen der Setzung von Kriegerdenkmälern nach den napoleonischen, Reichseinigungs- und beiden Weltkriegen.

Durch das Rautal ging es dann auf den Jägerberg zum Gelände der ehemaligen NVA-Kaserne, früher Raketentechnische Basis und Munitionslager, heutzutage unter anderem Lager des Eisenberger Waffenladens arms24 und Abenteuerspielplatz.

Abschließend folgten wir dem roten Wanderweg bis zum Nordfriedhof, wo wir am Mahnmal für Magnus Poser und am Grab von Matthias Domaschk Station machten und jeweils eine weiße Rose hinlegten. Magnus Poser war während des Zweiten Weltkriegs in Jena im kommunistischen Widerstand gewesen und erlag 1944 im KZ Buchenwald den Verletzungen, die er sich angeblich während eines Fluchtversuchs aus der Weimarer-Gestapo-Zentrale zugezogen hatte. Matthias Domaschk, siehe auch das AIBJ #8, war in den 70er Jahren in der Jenaer Oppositionsszene aktiv gewesen und kam 1981 im Stasi-Uhft-Gefängnis von Gera um. Beide kämpften gegen Krieg und Militarismus.



# FAU-Wandergruppe in Jena gestartet

von der FAU-Wandergruppe Jena

Nachdem es schon seit einer Weile mit dem Bakuninhütten-Verein in Meiningen und den Schwarz-Roten Bergsteiger\_innen in Dresden anarchistische Wandergruppen und -vereine gibt, haben wir nun auch in Jena eine Wandergruppe gestartet! Sie ist organisatorisch Teil der FAU, aber selbstverständlich offen für Alle!

Wir veröffentlichen im Folgenden unser Selbstverständnis. Ihr könnt uns unter [fauj-wandern@fau.org](mailto:fauj-wandern@fau.org) erreichen.

Wir sind die Wandergruppe Jena. Wir haben uns im Sommer 2017 gegründet, um gemeinsam Wanderungen mit Bezug zu geschichtlichen und politischen Ereignissen im Jenaer Umland zu organisieren. Wir möchten dabei gemeinsam Orte besuchen und dort über die Geschichte radikaler Bewegung in unserer Region sprechen, aber auch über die Geschichte von Unterdrückung und Ausbeutung – über den deutschen Militarismus, Konzentrationslager und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, Holocaust und Porrajmos und andere Themen.

Wir sind organisatorisch Teil der Basisgewerkschaft Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) Erfurt/Jena und wollen eng mit dem linken Sportverein Roter Stern Jena (RSJ) zusammenarbeiten. So

verorten wir uns zum einen in der anarchistischen Bewegung und stellen den Bezug zu den gesellschaftlichen Kämpfen unserer Zeit her, bringen uns aber auch in die politische Sportbewegung ein, wie sie in Jena gerade mit dem Roten Stern neu entsteht.

Wir möchten uns in absehbarer Zeit mit ähnlichen anarchistischen Wandervereinen wie dem Bakuninhütten-Verein in Meiningen und den Schwarz-Roten Bergsteiger\_innen in Dresden vernetzen. Außerdem können wir uns vorstellen, gelegentlich auch Wanderungen in andere Regionen und sogar Länder zu organisieren.

Die Wanderbewegung ist in der zweiten Hälfte des 19. Jh. entstanden und hat sich schnell ausdifferenziert. Wir sind uns bewusst, dass es in der Wanderbewegung viele problematische Traditionen gibt – von nationaler Romantik, über anti-moderne Esoterik bis hin zu autoritärer Sozialdemokratie und Kommunismus. Wir wollen uns kritisch damit auseinandersetzen und dabei schauen, was es an anarchistischer Wanderbewegung gab wie eben zum Beispiel die Bakunin-Hütte bei Meiningen und den anarchistischen Wanderfreund Fritz Scherer.

Wir hoffen, mit unseren Ausflügen lokale Bewegungsgeschichte und

## SEK-Einsatz gegen angebliche Dealer am Jenaer Busbahnhof

Gegen vier angebliche Drogendealer hat die Polizei einen krassen Einsatz gemacht. Schwebewaffnete und vermummte Bullen vom Spezialeinsatzkommando (SEK) hielten sie fest und kontrollierten sie. Dabei muss es wohl ziemlich rabiat abgelaufen sein. Am Ende fanden sie ganze 100g Gras und ein kleines bisschen Ecstasy! Damit hat der Feldzug von Stadt und Bullen gegen die unliebsame Jugend im Paradiespark eine neue Eskalationsstufe erreicht.

2.8.

## JVA Tonna kassiert Mitgliederrundbrief der GG/BO

Laut Jenaer Soligruppe wurde ihr Mitgliederrundbrief vom 18. Juli an die inhaftierten Arbeiter der JVA Tonna zumindest im Fall des Kollegen David Hahn angehalten wurde. Am 2. September ist sie dagegen gerichtlich vorgegangen.

3.8.

## GG/BO erhält Recht gegen JSA Arnstadt

Im Februar 2017 war ein Brief der GG/BO-Soligruppe Jena an einen Häftling der Jugendstrafanstalt (JSA) Arnstadt angehalten worden. Den Antrag auf gerichtliche Entscheidung hat die Soligruppe Anfang August gewonnen. Der Brief muss durchgelassen werden. In ihrer Stellungnahme gegenüber dem Gericht hat die JSA die GG/BO als „kriminelle Gruppierung aus Jena“ bezeichnet.

4.8.

## Zwei weitere Löhne und Abfindung für gekündigten Arbeiter in Jenaer Imbiss von FAU durchgesetzt

Ein Arbeiter aus einem Jenaer Imbiss wurde vom Chef fristlos gekündigt. Er kam mit der FAU zusammen. Über eine Kündigungsschutzklage und Verhandlungen setzten sie zwei weitere Monate Beschäftigung mit Arbeitsfreistellung und eine Abfindung in Höhe von zwei Monatslöhnen durch.

4.8.

## Hausdurchsuchung und Repression wegen G20 in Jena

Der angebliche Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz – konkret wegen ein paar Graspflanzen – wurde zum Vorwand für eine Hausdurchsuchung und die Beschlagnahmung zahlreicher technischer Geräte, Speichermedien und Dokumente gemacht. Seit der Akteneinsicht und einer entsprechenden Veröffentlichung auf dem Wumm-Blog ist bekannt, dass zusätzlich dazu die Abteilung 1 der Geraer Staatsanwaltschaft für politische Strafverfahren wegen G20 ermittelt. Damit gibt es nun auch in Jena G20-Ermittlungen. Mit weiteren Anzeigen und Durchsuchungen ist zu rechnen. Es hat sich eine Solidaritätsgruppe gebildet, die zeitnah Öffentlichkeitsarbeit beginnen wird.

8.8.

## Selbstabschiebung von Shani Haliti aus Erfurt

Shani Haliti, das letzte aktive Mitglied der Gruppe Roma Thüringen, alleinerziehender Vater und muslimischer Rom aus dem Kosovo und Serbien, hat nach monatelangem staatlichem Psychoterror und Abschiebeversuchen aufgegeben und ist "freiwillig" nach Serbien zurückgekehrt. Damit hat der Thüringer Staat unter rot-rot-grüner Führung es erfolgreich geschafft, die 2013 gegründete Gruppe Roma Thüringen zu zerschlagen und Erfurt von einem großen Teil der aus den Balkanstaaten eingewanderten Roma zu "säubern".

Mitte Aug.

## Sondersitzung im Thüringer Landtag zu „linkem Terror“

Auf Antrag der AfD kam es im Landtag in Erfurt zu einer Sondersitzung zu „Terror von links verhindern und verfolgen“. Der Anlass: G20. Höcke sprach davon, dass „linker Terror“ heute zum Alltag gehöre und dass der Staat über

17.8.

Programme gegen rechts Linksextreme fördere. Die CDU reichte einen Alternativantrag zur Einrichtung einer Verbunddatei Linksextremismus ein - in Anlehnung der Verbunddatei Rechtsextremismus, die 2012 nach dem Auffliegen des NSU eingerichtet wurde. Die anderen Parteien sahen das insgesamt etwas gelassener. Am Ende der Sitzung wurde ein Antrag von Linkspartei, Grünen und SPD zur Verurteilung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung angenommen und wurde der Polizei für ihren Einsatz in Hamburg gedankt. So ist der Landtag vielleicht in der Frage gespalten, wie hart man gegen uns vorgehen solle. Einigkeit herrscht jedoch bei Allen, dass jegliche Gegenwehr gegen Polizeigewalt, Staatsterror und Naziangriffe zu verfolgen ist.

Auch an anderer Stelle versucht die AfD, die Staatsapparate von Linken zu säubern. Am 10. August kritisierte die AfD die Thüringer Polizei für ihre Kooperation mit dem angeblich linksextremen, staatsantifaschistischen Institut für Demokratie und Zivilcourage (IDZ). Am 25. August verklagte sie Jenas Oberbürgermeister Schröter wegen einer geplanten Fortbildung des Staatsantifa-Vereins Kokont für Ortsteilräte und -bürgermeister innen unter dem Titel „Haltung zeigen gegen demokratiefeindliche Einstellungen“. Die Klage scheiterte letzten Endes. Am 30. August scheiterte ein Antrag der AfD im Thüringer Landtag zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses gegen Linksextremismus. Dabei grenzte sich die CDU (noch) klar von der AfD ab.

#### **21.8. ACAB-Prozess gegen Black-Kitchen-Mitglied abgesagt**

Die Aktionsküche Black Kitchen hatte zur Begleitung eines Prozesses gegen eins ihrer Mitglieder aufgerufen. Ihr wurde vorgeworfen, bei den Protesten gegen die AfD-Demo vom 20. Januar 2016 einen Beutel mit der Aufschrift „All Cats Are Beautiful“ getragen zu haben, während sie mit 100 Broten zur Versorgung der Demonstrant\_innen unterwegs war. Das Verfahren wurde letztlich eingestellt und der Prozess fiel aus.

#### **23.8. Güteverhandlung der FAU vorm Arbeitsgericht Erfurt**

Ein Schulsozialarbeiter von der Gemeinschaftsschule am Erfurter Herrenberg begann nach seiner Kündigung aufgrund langanhaltender Krankheit und seiner antifaschistischen Einstellung durch seinen Trägerverein Perspektiv e.V. mit der FAU Jena einen Arbeitskampf. Mittels Kündigungsschutzklage, eines Briefs an die Kolleg\_innen und einer Pressemitteilung wurde gegen die Kündigung vorgegangen. Am 11. August vertrat die FAU den Kollegen in der Güteverhandlung vorm Arbeitsgericht Erfurt. Seitdem steht eine außergerichtliche Einigung aus.

#### **23.8. Solidarität mit der antifaschistischen Bewegung in den USA nach Charlottesville in Jena**

Nach der Ermordung von Heather Heyer durch einen Neonazi-Terroristen während antifaschistischer Massenproteste in Charlottesville am 12. August 2017 trafen sich knapp 30 Anarchist\_innen und Antifaschist\_innen mit Transpis, Fahnen und Pyrotechnik und nahmen ein Solidaritätsbild auf. Auf dem Fronttransparent wurde auch auf andere von Nazis ermordete Antifaschisten hingewiesen: Ivan Khurtoskoy, Clement Méric und Pavlos Fyssas.

chen, ohne sich vorher mit einem Rechtsbeistand besprechen zu können oder dabei von einem Rechtsbeistand vertreten zu lassen.

Da schlimmstenfalls Jahre vergehen werden, bis diese Unbestimmtheit eventuell für verfassungswidrig befunden wird, ist daher zu empfehlen, unbedingt

- künftige Zeug\*innenladungen genauestens zu lesen und Rücksprache mit Antirepressionsgruppen zu halten

- immer eine schriftliche Ladung zu fordern

- immer auf das Hinzuziehen eines Rechtsbeistands zu bestehen

- im Zweifelsfall ein Ordnungsgeld zu riskieren, um in der Klage dagegen die Rechtswidrigkeit des Polizeihandelns feststellen zu lassen

Eure Verweigerung von Zeug\*innenaussagen vor Ort oder unbegleiteten Zeug\*innenvernehmungen bei der Polizei ist dabei nicht nur ein Zeichen des Widerstands gegen des ausgebauten Bullenstaat, sondern auch sehr solidarisch gegenüber denjenigen, die ihr mit eurer Aussage belasten und im Zweifel in den Knast bringen sollt!

# Mehr Repression: Zwang zur Zeug\*innenaussage bei der Polizei ermöglicht

von anonym

Zeitgleich zum Verbot der Homepage linksunten.indymedia.org trat am 25. August 2017 eine Gesetzesreform in Kraft, die relativ geräuschlos im Vorfeld des G20-Gipfels und der Sommerpause des Bundestags im Juni beschlossen wurde. Neben erweiterten Überwachungsmöglichkeiten privater Computer per Staatstrojaner und Vorratsdatenspeicherung und der Abschaffung des sogenannten Richter\*innenvorbehalts bei der Anordnung von Blutentnahmen (können nun durch die Polizei nach freiem Ermessen angeordnet werden) wurde auch die Freiwilligkeit einer Zeug\*innenaussage bei der Polizei eingeschränkt.

Bisher konnten Beschuldigte und Zeug\*innen in Strafverfahren polizeiliche Vorladungen einfach ignorieren. Erst das Erscheinen bei einer staatsanwaltschaftlichen Vorladung war verpflichtend. Der Gesetzesänderung zufolge sind nun auch polizeiliche Zeug\*innenladungen verpflichtend, wenn dem «ein Auftrag» der Staatsanwaltschaft zugrundeliegt.

Das erste Problem an der völlig unbestimmten Formulierung ist die Ausgestaltung dieses «Auftrags». Ob es in jedem Einzelfall einer Anweisung der Staatsanwaltschaft bedarf, ob allgemeine Aufträge der

Staatsanwaltschaften an die Polizei in ihrem Bezirk ausreichen oder ob der «Auftrag» auch im Nachhinein eingeholt oder einfach damit begründet werden kann, dass die Polizei in jedem Ermittlungsverfahren formell der Staatsanwaltschaft zuarbeitet, ist absolut ungewiss.

Das nächste Problem ist die Ladungsfrist und die Ladungsform. Während üblicherweise die Strafprozessordnungen Wochenfristen zur schriftlichen Ladung von Zeug\*innen vorschreibt, verzichtet das neue Gesetz auf eine diesbezügliche Bestimmung. Das könnte zur Folge haben, dass Zeug\*innen per Einwurf einer schriftlichen Ladung von einem Tag auf den anderen in irgendeine Polizeiwache in Deutschland als Zeug\*in geladen werden und unter Strafandrohung erscheinen müssen. Oder die Polizei lädt infolge einer Identitätsfeststellung einfach mündlich vor Ort und führt im direkten Anschluss eine Vernehmung durch.

Gerade das Fristproblem hebt das Grundrecht auf einen Rechtsbeistand aus, den Zeug\*innen auch bei polizeilichen Vernehmungen beanspruchen können. Unter Androhung von Rechtsmitteln wie Ordnungsgeldern oder Beugehaft könnte die Polizei somit Menschen dazu bringen, Aussagen zu ma-



Jenaer Antifaschist\_innen und Anarchist\_innen erinnern an Heather Heyer.

## Spontandemo gegen Linksunten-Verbot in Jena

Nach dem Verbot der unabhängigen Online-Plattform linksunten.indymedia durch das Bundesinnenministerium machten 80 Leute eine Spontandemo durch Jena. Dabei wurden die Slogans „Wir sind alle Linksunten-Indymedia“ und „Gegen Überwachung und Kontrollen, wir demonstrieren da, wo wir wollen“ gerufen. Die Demo führte u.a. am Gefahrenabwehrzentrum und der Bullenwache am Anger sowie an der Wohnung von AfD-Funktionärin Wiebke Muhsal vorbei. Bei der Gilde beim Holzmarkt wurde die Demo vom Fascho-Bierpublikum der Kneipe angepöbelt. Hinter der Thulb wurde laut der AfD Muhsals Mitarbeiterin Jana Schneider „angegriffen“, also kurz angerempelt, während sie versuchte, die Demo abzufilmen.

Am selben Tag erklärte die AfD-Fraktion in Reaktion auf das Linksunten-Verbot, dass diesem das Verbot der Antifa als „terroristische Vereinigung“ folgen müsse.



## 26.8. FAU erkämpft Lohn für vier gekündigte Minijobber

Vier Studenten bzw. Schüler, die für einen Thüringer landwirtschaftlichen Betrieb im Saisonverkauf in einem Jenaer Supermarkt angestellt waren, wurden nach einem Monat aufgrund von Krankschreibungen fristlos gekündigt. So ging ihnen der ganze Lohn des zweiten Monats verloren. Sie organisierten sich in der FAU und konnten sich über eine Kündigungsschutzklage und Verhandlungen das verlorene Geld zurückholen.

## 2.9. Kundgebung der Gefangenen-Gewerkschaft vorm Jenaer Arbeitsamt

Von 2012 bis 2016 wurden Ex-Gefangene bei der Anwartschaft auf ALG I diskriminiert. Im Unterschied zum Rest der Bevölkerung wurden ihnen bei der Berechnung der Dauer des Arbeitsverhältnisses die arbeitsfreien Samstage, Sonntage und Feiertage abgezogen, sodass sie viel länger arbeiten mussten, um denselben Anspruch auf ALG I zu bekommen. Ein Thüringer Gefangener klagte schon 2012 gegen diese Praxis und wurde in den Wochen vor der Verhandlung vorm Bundessozialgericht in Kassel von der GG/BO-Soligruppe Jena unterstützt. Sie veröffentlichte Pressemitteilungen und organisierte am 2. September eine Kundgebung vorm Arbeitsamt, in dem gleichzeitig eine große Jobmesse stattfand. 20 Personen verteilten ca. 300 Flyer und bekundeten ihre Solidarität mit den inhaftierten Arbeiter\_innen.



Am 12. September begleitete die Soligruppe auch den Prozess vorm Bundessozialgericht in Kassel. Dort wurde dem inhaftierten Kollegen Recht gegeben. Die Bundesagentur für Arbeit muss ihm nun mehrere Tausend Euro nachzahlen. Die Soligruppe hat angekündigt, nach Zusendung des schriftlichen Urteils mehr betroffene E-Gefangene zu ermuntern, das Geld zurückzufordern.

nach Hause geht und sich politisch engagiert und auf der richtige Seite stehend fühlt. Selbstermächtigend und selbstkritisch die Herrschaftsverhältnisse in Frage stellen, bedeutet jedoch etwas anderes...

Ebenfalls wichtig, sind die Selbstorganisierungserfahrungen, welche auf einem Protestcamp gemacht werden. Bekanntermaßen verhinderten staatliche Arschlöcher und Bullen ja massiv den Aufbau dieser. Dennoch kam schließlich das „Thüringen Barrio“ im Volkspark Altona zu Stande und war somit das einzige Barrio, welches eine Region repräsentierte. Dies stellte sich insofern als bedeutend heraus, als dass das Thüringen-Barrio das einzige war, welches der Abgabe aller Personalien nicht zustimmte. Am Morgen des 7. Juli war das Camp umstellt worden und alle großen Bündnisse (IL, UG, Roter Aufbau) stimmten der von den Bullen geforderten Personalienabgabe als staatstreue Protestmanager zu.

Ihren großspurigen Aussagen im Vorfeld zum Trotz geschah dies ohne solid/Thüringen, die es bisher

nicht einmal schafften, wenigstens etwas Kohle für die Fahrtkosten von Aktivist\_innen aus Thüringen aufzubringen. Diese blinden Bündnis-Fetischist\_innen blieben damit weit hinter dem von ihnen imaginierten bewegungslinken Selbstverständnis zurück und zeigten einmal mehr, dass sie für einigermaßen radikalere Menschen oder Autonome keine Verbündeten sein können und sein wollen. Wen wundert dies aber, wenn ihre Genoss\_innen auf der Großdemo mit einer antisemitischen Krake rumlaufen und sich der Polizei als Denunziant\_innen anbieten?

Schlussendlich war es meiner Ansicht nach sinnvoll, dass auch Menschen aus Thüringen an den Protesten in Hamburg auf vielfältige Weise beteiligt waren. Nicht zuletzt, weil sie somit Zeug\_innen der Ereignisse wurden und ihre Erfahrungen in die lokalen Diskussionen und politischen Praktiken und Lebensrealitäten einbringen werden.

(1) <https://hamburg.fau.org/2017/06/17/g20-in-hamburg/>; ein hörenswerter Beitrag zur Kritik findet sich auch beim FSK-Radio auf: <http://www.freie-radios.net/83934>

(2) Ein politisches Statement dazu findet sich auf: <https://www.blackkitchen.space/they-are-g20-we-are-one/>

gen wird. Dazu wurde ein Statement der FAU Hamburg ausgiebiger diskutiert und steht uns wohl am nächsten.<sup>1</sup> Fest steht, dass Menschen, die zu so einem Ereignis fahren, aber oftmals auch jene sind, die lokal politisch aktiv sind. Die Effekte einer solchen großen Zusammenkunft in Hinblick auf Vernetzung und die bestärkende Erfahrung des gemeinsamen Handelns, trotz Unterschieden, sind nicht zu unterschätzen. Nicht umsonst wurde der Sicherheitsstaat wieder in seinen widerlichsten Facetten aufgeföhren, wovon wiederum auch an anderen Stellen genug zu lesen ist. Und genug zu hören sein wird, denn die Repressionswelle und Hetze gegen die konstruierten „linksautonomen Gewalttäter“ beginnt ja nun erst.

Dass es solche Events sind, die einige Menschen maßgeblich politisieren, war auch der Ausgangspunkt einer Vortragstour in Thüringen zu „Geschichte der globalisierungskritischen Bewegung“, auf welche sich Anarch@s von Mai bis Juli in Jena, Gera, Weimar, Eisenberg, Kassel, Saalfeld, Plauen und Chemnitz begaben. Inhalt des Vortrages war nur indirekt die Mobilisierung zu den Gipfelprotesten, sondern vielmehr die Bewusstwerdung über linke Bewegungsgeschichte, in welcher anarchistische Ansätze immer eine große Rolle spielten. Denn nur wer die eigenen Geschichten kennt und sie versteht, kann sich ermächtigen, sie mitgestalten und in die eigenen Hände nehmen. Proteste scheinen aus dieser Perspektive nie sinnvoll, wenn Menschen als Protestmaterial instrumentalisiert werden und unreflektiert an Massenblockaden

teilnehmen. Stattdessen haben sie Sinn, wenn Leute sich durch sie bewusst in längerfristigen Bezugsgruppen zusammenschließen und ihre Leben auf umfassende Weise kollektiv rebellisch und solidarisch gestalten.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Aktionsküche „Black Kitchen“ aus Jena, die sich hoffentlich längerfristig etablieren wird und zunehmend besser organisiert. Die Erfahrungen der Selbstorganisationsprozesse von solchen Aktionsgruppen in Bezug auf einen Protest sind aus anarchistischer Perspektive äußerst wichtig für die Verwirklichung von Anarchie insgesamt, aber auch einfach zum Aufbau einer funktionierenden herrschaftsfeindlichen Bewegung. In diesem Zusammenhang leisteten die Köch\_innen einen tollen Beitrag in Hamburg.<sup>2</sup>

Aber auch bei Massenaktionen waren Menschen aus Jena und Thüringen beteiligt, die wiederum Erfahrungen bei diesen sammeln und ihren Protest zum Ausdruck bringen konnten. Trotzdem es entscheidend ist, dass Menschen auf ihre jeweilige Weise protestieren, ist dabei jedoch zu kritisieren, dass bei vielen in unserem Umfeld offenbar sehr beschränkte Vorstellungen von Politik und Aktionen bestehen. Zumindest ist hierbei die Frage zu stellen, inwiefern man bei der Teilnahme an Massenaktionen großer pseudo-radikaler Bündnisse wie der Interventionistischen Linken, umGanze oder G20-entern stehen bleibt. Ist dies der Fall, wird aktionistischer Protest zum fetischisierten Konsumobjekt, zum geilen Erlebnis, nach dem mensch

### Kundgebung gegen die Diktatur in Kambodscha in Berlin

Am 9. und 10. September kam es vor der kambodschanischen Botschaft und beim Mekong-Tag in der Volkshochschule zu Protestkundgebungen von (basis)demokratischen Kambodschaner\_innen. Sie klagten diktatorische Verhältnisse in Kambodscha sowie die Festnahme des Oppositionspolitikers Kem Sokha an und forderten die Freilassung der politischen Gefangenen, freie Presse usw. - im Großen und Ganzen also ein liberaler Demokratie-Exilprotest. Beteiligt waren aber auch Anarchist\_innen aus Erfurt. Das Thüringer Break Deportation Netzwerk dokumentierte die Proteste auf seinem Blog.



### FAU Jena setzt Lohnnachzahlung für Tutor an der Uni Jena durch

Seit Beginn des Sommersemesters 2017 hatte sich die FAU-Bildungssektion über einen offenen Brief, Öffentlichkeitsarbeit und ein Gespräch mit der Uni für eine Verbesserung der Situation der Tutor\_innen stark gemacht. Konkret ging es um die Bezahlung aller gearbeiteten Stunden und längere Verträge. Zumindest im ersten Punkt haben der Kanzler und Präsident der Uni versprochen, einen Rundbrief an alle Fakultäten zu erlassen und sie anzuhalten, alle Stunden zu zahlen. Daraufhin forderte ein Tutor und FAU-Mitglied seine unbezahlten Stunden nach. Die Uni reagierte und versprach eine Nachzahlung von 350€ bis Ende September.

### Osteuropäische Arbeiter\_innen von Hermes-Subunternehmen von Bullen festgenommen

Bei einer Razzia von 160 Bundespolizist\_innen in Gierstädt bei Gotha wurden 35 Arbeiter\_innen aus Moldawien, der Ukraine und Weißrussland festgenommen. Sie wurden laut Polizei wohl als Paketkurriere bei einem Subunternehmen von Hermes ausgebeutet. Die Bullen nahmen sie aufgrund illegaler Einwanderung fest und planen mit der Staatsanwaltschaft Erfurt und Ausländerbehörde Gotha ihre Verurteilung und Abschiebung. Erst von den Chefs ausgenutzt, dann von schwerbewaffneten Bullen eingesperrt und vom Staat mit Abschiebung bedroht - so wird in Thüringen mit den migrantischen Arbeiter\_innen umgegangen!

### Erste Wanderung der FAU-Wandergruppe im Norden Jenas

Die FAU-Wandergruppe hat ihre erste Wanderung zum Thema Militarismus gemacht. Zehn Leute sind zum Blinkerdenkmal auf dem Landgrafen, zum

9./10. 9.

11.9.

19.9.

23.9.

Napoleonstein, über den ehemaligen Exerzierplatz auf dem Windknollen, zum Gefallenendenkmal in Closewitz, über den Burschenplatz zu den ehemaligen NVA-Kasernen auf dem Jägerberg gewandert und über den roten Wanderweg zum Nordfriedhof zurückgekehrt, wo sie die Gräber von Magnus Poser und Matthias Domaschk besuchten.



Der Blick vom Napoleonstein runter zum Landgrafen.

## „Thüringen goes Hamburg?“

Einige Gedanken zur Beteiligung Thüringer Bewegungs-Linker an den Protesten gegen den G20-Gipfel von Hermann

Was machen ein paar dutzend Thüringer an einem verlängerten Wochenende in Hamburg? Eine Klassenfahrt? Party auf der Reeperbahn? Arbeit suchen in einer der reichsten Städte der BRD? Normalerweise wahrscheinlich sowas in der Art. Das Wochenende um den 7./8. Juli bewog Menschen mehrheitlich aus anderen Gründen die Hafenstadt zu besuchen...

Gründe um gegen das Herrschaftssystem in dem wir leben und seine Auswüchse zu protestieren gibt es so viele wie Menschen, die darunter leiden; Kristallisationspunkte für die Manifestation eines antikapitalistischen, emanzipatorischen Aufschreis gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Entfremdung eigentlich auch. Insofern ist die Frage zu stellen, weswegen gerade der G20-Gipfel als Symbol den Widerstand einer großen Zahl Menschen auf sich zog.

Erstens ist da die Tradition der globalisierungskritischen Bewegung, welche aufgrund der Verschiebung von thematischen Schwerpunkten, sowie innerer Widersprüche in den letzten Jahren in Europa fast zum Erliegen gekommen war. Der Aufruf des autonomen „Welcome-to-hell“-Bündnisses hatte sich jedoch genau in diese Tradition gestellt und damit offensichtlich viele Menschen ansprechen und erreichen können, deren politische Sozialisation durch

diese Bewegung mitgeprägt worden war. Zweitens war es das „rote Hamburg“ als Szene-Stadt und der Mythos Hafenstraße/Rote Flora/St. Pauli, den viele verteidigen wollten. Denn tatsächlich inspirieren Szenevielfel, alternative Subkulturen und lange etablierte linke Strukturen Menschen, die im Vergleich dazu in einer der vielen deutschen Provinzen leben – welche an der linksradikalen Selbstwahrnehmung gemessen auch sowas wie z.B. München sein können. Den Gipfel in der Messe, unmittelbar neben dem Schanzenviertel abzuhalten, wirkte also als bewusste Provokation, welche mensch sich nicht bieten lassen wollte. Drittens mangelt es an Manifestationen einer „linken“ Utopie – und dies gerade in Zeiten des für viele spürbaren autoritären Rechtsrucks, nochmals (unnötigerweise) gefühlt zugespitzt vor den nächsten Wahlen zum Reichskasperletheater, wie es Johann Most nannte. Gipfelproteste als große Ereignisse bieten dahingehend eine Möglichkeit, sich politisch zu positionieren, nicht zu Letzt, um sich selbst zu vergewissern, wo mensch steht. Die Debatten, welche dazu auch lokal und regional geführt werden, sind für die eigene Selbstverortung und Positionierung immer wieder wichtig.

Nun gibt es zurecht viel Kritik an solchen Großevents, auf welche an dieser Stelle nicht weiter eingegan-

Stichwort „Mai 31“  
GLS Bank  
IBAN: DE85430609674007238359  
BIC: GENODEM1GL

Insgesamt wird wegen des Widerstands gegen die Abschiebung vom 31. Mai gegen 19 Personen ermittelt.

- 30.8. Gefangenen-Zeitschrift „Multi Kulti Dialog“ wird verboten**  
Der GG/BO-Rechtssekretär der JVA Tegel Mehmet Aykol hatte schon im September 2016 die Herausgabe einer unzensurierten Zeitschrift im Namen der Gesamtinsassenvertretung (GIV) und der Ausländersprecher der Insassenvertretungen (IV) der Teilanstalten der JVA Tegel beantragt. Im Februar 2017 hatte er auch den neuen grünen Berliner Justizsenator Dirk Behrendt aufgefordert, das Anliegen zu unterstützen. Behrendt erklärte, er stehe nicht zur Verfügung und nun wurde die Zeitschrift verboten.
- 3.-10.9. Solidaritätshungerstreik von Musa Aşoğlu für Nuriye Gülmen und Semih Özakca**  
Musa Aşoğlu, der im Dezember 2016 auf Grundlage von §129b wegen angeblicher Mitgliedschaft in der türkischen kommunistischen Partei DHKP-C verhaftet wurde und sich seitdem in Isolationshaft befindet, hat einen einwöchigen Solidaritätshungerstreik gemacht. Damit unterstützte er den bereits seit einem halben Jahr laufenden Hungerstreik der türkischen Akademikerin Nuriye Gülmen und des Grundschullehrers Semih Özakca gegen ihre Entlassung im Rahmen der von Erdogan vorgenommenen Säuberung der Staatsapparate. Infos zu Musa Aşoğlu unter [freemusablog.wordpress.com](http://freemusablog.wordpress.com).
- 12.9. Schließung der JVA Gera angekündigt**  
Laut Grünen-Justizminister Lauinger soll die JVA Gera am 20. Oktober dichtmachen. Derzeit werden dort 50 bis 70 Gefangene von 60 bis 70 JVA-Beamten festgehalten. Die Gefangenen werden nach der Schließung in die JVA Hohenleuben verlegt. Ab 2020 soll die neue Groß-JVA Zwickau-Marienthal Hunderte von Häftlingen aus Thüringen aufnehmen.
- 15.9. Freilassung von Nekane Txapartegi aus Züricher Knast**  
Die baskische Journalistin Nekane Txapartegi ist am 15. September 2017 freigelassen worden. In den vorausgegangenen Wochen fanden mehrere Solidaritätsdemos in verschiedenen schweizerischen Städten statt. Sie war im April 2016 in der Schweiz wegen angeblicher ETA-Mitgliedschaft festgenommen, in den Züricher Knast gesteckt worden und sollte nach Spanien, das Land, in dem sie von den Behörden gefoltert worden war, abgeschoben werden. Am 14. September 2017 hat das spanische Gericht jedoch die Verjährung der Haftstrafe festgestellt und die Aufhebung des Auslieferungsantrags angeordnet.
- 24.9. Ausbruch von drei Strafgefangenen aus forensicher Psychiatrie in Zwiefalten**  
Drei Gefangene, die im Maßregelvollzug bzw. der klinischen Forensik in Zwiefalten, d.h. im Vollzug für drogenabhängige oder psychisch kranke Strafhäftlinge, eingesperrt waren, haben mit einem selbstgebauten Rammbock ein Loch in die Wand ihrer Zelle gerammt und sind gertümt.



# Antifa-Infos

zusammengestellt von der AIBJ-Redaktion

## AfD-Briefkästen und KOBB-Büro bemalt

Die Wohnhäuser von zwei AfD-Funktionären, darunter des AfD-Bundestagskandidaten und IG-Metall-Betriebsrats Danny Jankowski, wurden über Nacht mit „FCK AfD“ bemalt. Auch das Büro vom Kontaktbereichsbeamten (KOBB), auf gut Deutsch: vom Stadtteilbullen oder ABV, wurde farblich markiert.

29.6.

## Proteste gegen NPD-Konzert in Gera und Die-Rechte-Demo in Erfurt

Beim Geraer Rechtsrockkonzert versammelten sich rund 800 Nazis. Die Nazi-konzerte werden alljährlich seit 2003, mit einer Unterbrechung von 2014 bis 2016, von der NPD organisiert. Gegenveranstaltungen gab es lediglich von den linken Parteien. Am Gegenkonzert unter dem Slogan „Rock für Alle“ nahmen 200 Personen teil. Ein Großaufgebot der Polizei mit Unterstützung von anderen Thüringer Polizeiinspektionen, aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und von der Bundespolizei sorgte für „Ordnung“. Es gab ein paar Anzeigen gegen Nazis wegen verfassungsfeindlicher Symbole.

1.7.

In Erfurt brachte die Nazi-Partei Die Rechte nur 44 Kamerad\_innen auf die Straße. Um die 200 Leute protestierten auf verschiedenen Veranstaltungen und zwei Straßenblockaden gegen den Aufmarsch. Die Erfurter Gruppe Infoladen Sabotnik zieht folgendes Fazit: „Nachdem Proteste gegen rechte Demos in der Vergangenheit eher brav waren, ist es ein Erfolg für alle Antifaschist\*innen, dass die Nazis ihre genehmigte Route ändern und verkürzen mussten.“

## Partei-Proteste gegen Jürgen Elsässer in Kahla

Der Kahlaer AfD-Verband hatte den Ex-Kommunisten, Ex-Antideutschen und aktuell neurechten Nazi Jürgen Elsässer zu einer Veranstaltung in den Rosensaal eingeladen. 80 bis 100 rechte bis neonazistische Zuhörer\_innen kamen zur Veranstaltung. Vor dem Rosensaal fand eine Protestkundgebung statt, die von einer Volksfront aus CDU, SPD, Grünen und Linkspartei organisiert worden war und an der sich 50 Menschen beteiligten.

4.7.

## Angriff auf AfD-Büro in Jena

Das neue AfD-Büro in der Krautgasse wurde – wahrscheinlich von Antifaschist\_innen – angegriffen. Die Tür wurde aufgebrochen und unschädliches weißes Pulver im Büro verstreut. Das Büro konnte so einige Tage lang nicht genutzt werden.

10.7.

## Proteste gegen Neonazi-Großkonzert „gegen Überfremdung“ in Themar

Kurz nach G20 versammelten sich um die 6000 Nazis zum laut Mobit bisher größten Rechtsrockkonzert Thüringens, organisiert von Tommy Frenck, im 3000-Seelenstädtchen Themar. Das Gericht bestätigte im Vorfeld, dass es sich bei dem kommerziellen Nazi-Konzert mit 35€-Eintrittskarten um eine politische Versammlung handele und der Staat stellte 1000 Bullen ab, um zuzuschauen, wie die Nazis mit Hitlergrüßen, Sieg Heil, Hakenkreuzen etc. feierten. Es gab am Vorabend einen ökumenischen Gottesdienst gegen Rechts mit

15.7.

420 Beteiligten und am Tag selbst einige christliche bis linksparteiliche Gegenproteste, in großen Teilen auch aus dem Ort selbst getragen, an denen 300 Leute teilnahmen.



Luftbild der Thüringer Polizei von der Festivalfläche der Nazis

Noch zu den Nazis: Die Fläche gehört dem Bürgermeister der Nachbargemeinde Grimmelshausen und AfD-ler Bodo Dressel, der noch vor dem Konzert aufgrund des Skandals formell aus der AfD austrat. Es gab Teilnehmer\_innen aus ganz Europa und Redner\_innen von Die RECHTE, NPD, Europäische Aktion, Drittem Weg, White Rex, Wir lieben Meinungen und anderen Organisationen. Laut [recherchewien.nordost.mobi](http://recherchewien.nordost.mobi) waren auch zahlreiche Identitäre im Publikum. Ziel der ganzen Veranstaltung war neben der Vernetzung verschiedener Neonazi-Strömungen und dem Gemeinschaftserlebnis vor allem die Gelderbeschaffung. [Thuringenrechtsausen.wordpress.com](http://Thuringenrechtsausen.wordpress.com) hat ca. 100.000€ bis 200.000€ Reingewinn geschätzt, die vermutlich die Gerichtskosten vom Ballstädt-Prozess decken und Nazi-Strukturen, dem Privatluxus und womöglich auch der Bewaffnung von einzelnen Nazis zugutekommen. Dieser Kommerz ist innerhalb der Nazi-Szene umstritten. Die „kapitalistische[n] Auswüchse“ wurde u.a. vom „Stützpunkt Thüringer Wald/Ost“ der nationalsozialistischen Partei Dritter Weg kritisiert.

#### Seit 15.7. Widerstand gegen AfD-Lokal in Weimar

Nachdem der Eigentümer der studentischen Kneipe Hinterzimmer in Weimar forderte, dass die Betreiber\_innen dort AfD-Stammtische zulassen sollten und diese sich weigerten, verlängerte er einfach den Mietvertrag nicht oder - in andere Worten - schmiss sie kurzerhand raus. Bei der Abrissparty am 15. Juli kamen 400 Leute zusammen. Sie feierten, nahmen sich die Straße, meldeten sogar eine Kundgebung an und wurden natürlich trotzdem von den Bullen schikaniert. Danach bezog die AfD die Räumlichkeit. In der Vornacht zum ersten dort abgehaltenen Stammtisch vom 4. August wurden zahlreiche



Markéta und Mirek - noch in Freiheit.

#### Selbstmord in der JVA Dresden

Die GG/BO-Sektion der JVA Dresden berichtet von einem weiteren Selbstmord. Der Häftling brachte sich während des Einschlusses in seiner Einzelzelle um. Es dauerte 30 Minuten, bis die Beamten erfolglos die Reanimierung einleiteten. Knapp einen Monat später ergab sich aus einer kleinen Anfrage im sächsischen Landtag, dass in den Jahren 2015 bis 2017 in Sachsen 20 Gefangene umgekommen sind - vierzehn Selbstmorde, vier Krankheitsfälle, eine Betäubungsmittelüberdosis und eine Prügelei mit einem Mitgefangenen.

#### Selbstmord in JVA Freiburg

Thomas Meyer-Falk, linker Langzeitgefangener und Sicherheitsverwahrter in der JVA Freiburg, berichtete vom Selbstmord eines Gefangenen. Nach einer Bullenrazzia gegen die Drogensubkultur wurden mehrere Häftlinge in Iso-Haft gesteckt. Ein jüngerer Gefangener brachte sich in der sogenannten Schutzabteilung um. Kontakt zu Thomas unter:

Thomas Meyer-Falk  
c/o JVA Freiburg  
Hermann Herder Str. 8  
79104 Freiburg

#### Solikundgebung für Sercem

Am 31. Mai hatten sich über 300 Schüler\_innen der Nürnberger Berufsschule B11 gegen die Abschiebung eines Mitschülers gewehrt und gegen die Bullen gekämpft. Sercem wurde dabei festgenommen und ist bis heute in Haft. Das Bündnis „Widerstand Mai 31“, bestehend aus Schüler\_innen, Angehörigen und linken Gruppen, organisierte am 25. August eine Lärmdemo zum Amtsgericht Nürnberg für ihren Genossen. Die nächste Demo und ein Solikonzert sollen am 27. Oktober stattfinden. Das Spendenkonto für Sercem:

7.8.

23.8.

25.8.



## 20.-27.7. Solidaritätswoche für J20-Verfolgte

Während der Proteste gegen die Amtseinführung von Donald Trump im US-amerikanischen Washington am 20. Januar 2017 wurden ca. 215 Personen festgenommen, angeklagt und sind nun von bis zu 75 Jahren Knast bedroht. Ende Juli fand eine Solidaritätswoche statt, in der Aktionen, Spendensammlungen, Informationsveranstaltungen usw. organisiert wurden.

## 21.7. Verurteilung von Zeki Eroğlu

Der Kurde Zeki Eroğlu wurde vom Oberlandesgericht Hamburg auf Grundlage von §129b wegen angeblicher PKK-Mitgliedschaft zu 2 Jahren und 9 Monaten verurteilt.

## 26.-30.7. Campen gegen Knast und Strafe in Görlitz

Ende Juli fand im Rahmen des Faetzig-Camps bei Görlitz das von den ABC-Gruppen organisierte Campen gegen Knast und Strafe statt. Es gab viel Austausch und Diskussion zwischen Antiknast-Aktivist\_innen aus verschiedenen Gruppen und Organisationen, aber auch Aktionen. Am 28. Juli fand eine „Rally gegen Knast und Strafe“ statt, bei der mehrere Gruppen durch Görlitz zogen, durch witzige Aktionen auf die alltägliche staatliche Gewalt hinwiesen und so die Kleinstadt für ein paar Stunden durcheinander brachten. Dabei wurden sieben Personen von den Bullen in Gewahrsam genommen und abfotografiert und mehrere Leute im Büro der AfD von AfD-Mitarbeiter\_innen angegriffen und verletzt. Im Nachhinein hetzten Presse, Politik und AfD gegen die Aktion und versuchten, sie dem Faetzig-Camp in die Schuhe zu schieben. Außerdem gab es mehrere Anzeigen.

## 31.7. Oliver Rast gibt Sprecherrolle der GG/BO ab

Oliver Rast, ehemaliger Gefangener für die Aktionen der militanten Gruppe (mg) und Mitgründer der Gefangenen-Gewerkschaft, gibt nach drei Jahren seine exponierte Rolle als Sprecher ab. Er wolle sich nun der Herausgabe eines Bandes zur Geschichte der militanten Gruppe widmen.

## 2.8. Haftstrafen für Markéta und Miroslav wegen YPG/YPJ-Mitgliedschaft

Die tschechischen Rojava-Aktivist\_innen Markéta Všelichová und Miroslav Farkas waren im November 2016 von den türkischen Behörden verhaftet worden. Am 2. August 2017 wurden sie wegen angeblicher Mitgliedschaft in der kurdischen Selbstverteidigungseinheit YPG/YPJ zu 6 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt. Das ABC Tschechien und ABC Dresden haben zur Solidarität aufgerufen. Briefe an:

Van T Tipi Kapali Ceza İnfaz Kurumu  
Markéta Všelichová  
Tevekli Mah. Erciş Yolu (Erciş Yolu 25. Km) Tuşba / Van  
650 40 Turecká republika - Türkiye Cumhuriyeti  
TURKEY

Van F Tipi Yüksek Güvenlikli Kapalı Ceza İnfaz Kurumu  
Miroslav Farkas  
Abdurrahman Gazi, Km, İpek Yolu Cd. N°25  
650 40 Van Merkez/Van  
Turecká republika - Türkiye Cumhuriyeti  
TURKEY

antifaschistische Graffiti in der Stadt gesprüht. Außerdem nahm die Polizei zwei Jugendliche fest, die laut Presse das Lokal mit Graffiti und Stickern verschönern und das Schloss zukleben wollten. Am Tag selbst kamen Höcke, Brandner und 20 AfD-Anhänger innen. Dagegen protestierten 500 Leute nach einem Aufruf des Weimarer Bürgerbündnisses gegen Rechts. Eine Person machte im Lokal eine Störaktion, ansonsten flogen auch Eier auf die Rechten.

Auch nach der Eröffnung setzten sich die Aktionen gegen das AfD-Lokal fort. In der Nacht vom 7. August wurden mehrere Mülltonnen vorm Eingang des Lokals entladen. In der Nacht zum 17. August wurde ein Schweinskopf an das Lokal gekettet. Und für den Abend der Bundestagswahl rief das Weimarer Bürgerbündnis zu einer Kundgebung vorm Lokal gegen die AfD-Wahlparty auf.



Müllhaufen vorm Weimarer AfD-Lokal

## Jüdisches Grab auf Jenaer Friedhof geschändet

In der Nacht vom 18. Juli wurde ein jüdisches Grab auf dem Johannisfriedhof mit einem Schaumfeuerlöcher besprüht und mit Glasscherben bedeckt. Ein abgebrochener Flaschenhals wurde auf den Davidstern des Grabs gelegt. Das Grab ist ziemlich versteckt und wurde höchstwahrscheinlich gezielt von Antisemit\_innen geschändet. Das ist kein Einzelfall. Erst im Juni hatten Nazis in Gotha 20 Gräber auf dem jüdischen Friedhof mit rechtsextremen Symbolen beschmiert. Im September ging aus der Antwort auf die Anfrage des Grünen-Bundestagsabgeordneten Volker Beck hervor, dass im ersten Halbjahr 2017 681 antisemitische Straftaten aufgenommen wurden und die Zahl antisemitischer Vorfälle damit gestiegen sei. Dahinter stehen vor allem Neonazis und Islamisten.

## Zwei Angriffe auf Syrer in Jenaer Stadtzentrum

Ein junger Syrer wurde am Eichplatz von einem Deutschen beleidigt und mit einem Schlagring bedroht. Er konnte rechtzeitig flüchten. Ein anderer Jugendlicher aus Syrien wurde am selben Abend von einem Unbekannten am Kirchplatz mehrfach am Kopf geschlagen.

## Nazi-Schmiererei auf Skulptur in Jena-Nord

Die Skulptur „Das Gespräch“ in der Zeitzer, Ecke Merseburger Straße in Jena-Nord wurde mit Hakenkreuzen und „ACAB“ beschmiert.

- 26.7. Angriff von Nazis und Bullen auf das AJZ in Erfurt**  
Drei Neonazis, bewaffnet mit einer Eisenstange und Pfefferspray, dachten, es sei eine gute Idee, die Leute im Autonomen Jugendzentrum Erfurt aufzumischen. Nachdem sie im Barraum stressten, kam es zu einer Prügelei. Die Nazis zogen offenbar den kürzeren und verpissten sich. Mit dabei war laut Augenzeugen auch Philipp Amor, Vorstandsmitglied von „Volksgemeinschaft e.V.“ und schon am Angriff vom Männertag 2016 auf das AJZ beteiligt. Anschließend rückte die Polizei mit ca. 15 Einsatzwägen an. Diese stellten die Personalien aller Anwesenden fest und brachen mit Brechstangen die Räumlichkeiten des AJZ auf. Wir solidarisieren uns mit dem AJZ und halten fest: Gegen Nazis hilft nur selbstorganisierter Widerstand. Werden die Bullen gerufen, reiten die uns nur weiter in die Scheiße...
- 28.7. Nazis beschimpfen und bewerfen vier Leute mit Steinen in Jena**  
Vier junge Männer, die auf ihrem Balkon saßen, wurden erst beleidigt (u.a. „Deutschland den Deutschen“, „Schweine“), dann mit Steinen beworfen. Nachdem sie die Bullen gerufen hatten und diese mit den Angreifern gesprochen hatten, kamen sie wieder, machten weiter und hinterließen noch ein Hakenkreuz auf dem Boden.
- 29.7. Proteste gegen „Rock für Identität“ in Themar**  
Bei einem zweiten größeren Neonazikonzert in Themar, dieses Mal mit 30€ Eintritt, kamen ca. 1000 Nazis zusammen. Dieses Mal protestierten 500 Menschen dagegen. Dazwischen 500 Bullen. Laut den Nazis sind weitere Konzerte in Themar angedacht und wolle man alles dafür tun, dass Thüringen die Neonazi-Konzert-Hochburg Deutschlands bleibe.
- 17.8. Rudolf-Heß-Gedenken in Jena**  
Laut Mobit wurden zum Todestag von Rudolf Heß Kreuze und Grablichter aufgestellt und Flugblätter verteilt. Wer, wo und wie ist nicht öffentlich bekannt.
- 20.8. Sicherheitspersonal vom Havanna in Jena verletzt vier Syrer**  
Der Sicherheitsdienst der Havanna Bar verwehrte den vier Männern erst den Zugang und griff sie nach Nachfragen dazu an. Ergebnis: Ein Betroffener mit zwei gebrochenen Fingern, ein zweiter mit Platzwunde überm rechten Auge und der dritte mit verletztem Knie.
- 20.8. Outing von Neonazis in Weimar**  
Ein umfangreiches Outing von Neonazis in Weimar wurde auf linksunten.indymedia hochgeladen. Da die Seite ein paar Tage später abgeschaltet wurde, sind die Informationen vorerst nicht weiter öffentlich zugänglich.
- 5.9. Autos von zwei Jenaer AfD-Funktionären beschädigt**  
AfD-Direktkandidat für den Bundestag Danny Jankowski wurden die Frontscheibe und Reifen kaputtgemacht, Schaden 1500€. Einem weiteren Mitglied des Stadtverbands der Lack zerkratzt, Schaden 6000€.
- 12.9. Breiter Protest gegen AfD-Wahlkampf-Demo in Jena**  
Um die 250 AfD-Anhänger\_innen kamen, um sich bei Reden ihrer Thüringer Kandidaten Stephan Brandner aus Gera und Danny Jankowski aus Jena sowie

§129b zu 3 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt. Derzeit befinden sich 10 Kurd\_innen wegen angeblicher PKK-Mitgliedschaft in Deutschland in Untersuchungs- oder Strafhaf.

#### **Nero wegen Aktion in Rigaer Straße in JVA Moabit**

Am 16. Juni fand ein Hiphop-Konzert in der Rigaer Straße statt. Nero soll dabei die Besetzung des Überwachungs-Helikopters mit einem Laserpointer gebildet haben. Er wurde laut Polizei am selben Abend mit Laserpointer, Zville mit mehreren Stahlkugeln, Pyrotechnik, Einhandmesser, Handschuhen und Sturmhaube aufgegriffen. Mitte Juli wurde er dann von seinem Arbeitsplatz weg verhaftet und in die JVA Moabit gesteckt.

#### **Antifaschist Oli wegen Anti-Pegida-Protest zu Haftstrafe verurteilt**

Oli soll bei einer Anti-Pegida-Demo am 7. November 2016 mit einem Regenschirm einen BFE-Bullen geschlagen und verletzt haben. Er wurde deswegen vom Dresdner Amtsgericht zu 8 Monaten Haft verurteilt. Die Verteidigung will in die Berufung gehen. Eine Woche später trafen sich je 50 Antifaschist\_innen in Dresden und Göttingen bei Kundgebungen in Solidarität mit Oli. Hier die Dresdner Kundgebung auf dem Neumarkt.



Die Solidaritätskundgebung auf dem Dresdner Neumarkt.

#### **GG/BO-Sprecher David Scholz im Verlegungskarussell**

Schon am 5. Oktober 2015 war der Gefangenen-Gewerkschafter David Scholz gegen seinen Willen aus der sächsischen JVA Zeithain in die JVA Dresden verlegt worden. Dagegen hatte er Rechtsmittel eingelegt. Kurz bevor die Sache entschieden werden sollte, wurde er am 17. Juli 2017 in die JVA Torgau blitzverlegt. Damit habe sich laut JVA das anhängige Verfahren erledigt. Am 29. August drohte ihm der Leiter der JVA Torgau mit einer weiteren Verlegung. Die mehrfachen Verlegungen zielen auf die Unterdrückung seines Engagements für die Gefangenen-Gewerkschaft.

#### **Entgrenzung der Vorbeugehaft in Bayern**

Die Änderung des bayrischen Polizeiaufgabengesetzes hat zwei Neuerungen gebracht. Erstens kann bei sogenannten Gefährdern präventiv, d.h. ohne Anklage oder Verurteilung, die elektronische Fußfessel angeordnet werden. Zweitens wurde die bisher maximal zweiwöchige Präventivhaft vollkommen entgrenzt. Sie muss lediglich aller drei Monate von einem Haftrichter überprüft werden. Damit kann man in Bayern nun ohne Anklage oder Verurteilung unbegrenzt eingesperrt werden!

Seit  
Mitte  
Juli

17.7.

17.7.

19.7.

August aus der JVA Billwerder entlassen.

Aufgrund der zahlreichen Gefangenen wurde eine gruppenübergreifende Soligruppe gegründet. Der Blog: [unitedwestand.blackblogs.org](http://unitedwestand.blackblogs.org). Das Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.  
Stichwort „G20“  
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39  
BIC: NOLADE21GOE  
Sparkasse Göttingen

Es fanden mehrere Solidaritätskundgebungen statt: am 9. Juli bei der Gefangenen-sammelstelle in Hamburg-Harburg, am 23. Juli bei der JVA Holstenglacis, am 6. August vor der JVA Billwerder, am 24. August vorm UHA Holstenglacis, am 3. September vor der JVA Billwerder und während der Prozesstage vor den Gerichten. Auch in Italien, im Baskenland, in Polen, in der Schweiz und anderen Ländern hat es mehrere Aktionen und Demonstrationen zur Freilassung der Gefangenen gegeben. Vom 3. bis 5. November soll ein transnationales Treffen zur Unterstützung der G20-Gefangenen stattfinden.

Die ersten Gefangenen wurden bereits verurteilt. Ein Niederländer wurde im ersten G20-Prozess am 28. August zu 2 Jahren und 7 Monaten Knast verurteilt. Ein anderer Gefangener, der sich von den Aktionen distanzierte, wurde am 8. September zu 1 Jahr und 5 Monaten auf 2 Jahre Bewährung verurteilt. Insgesamt laufen um die 160 Strafverfahren.

#### 5.7. Haftentlassung von Georg Huß

Der Grasaktivist, Antiknast-Kämpfer, Gefangenen-Gewerkschafter und mehrfacher Hungerstreiker Georg Huß wurde Anfang Juli 2017 aus der französischen Haftanstalt Mulhouse entlassen. Er war im Dezember aufgrund eines Funds von Grasblüten von den französischen Bullen festgenommen und eingeknastet worden. Von Januar bis März 2017 machte er dort einen zweieinhalbmonatigen Hungerstreik für grundlegende Gefangenenrechte und die Schließung des Knasts. Weiterer Kontakt unter:

GG/BO Soligruppe Leipzig  
Georg Huß  
c/o linXXnet  
Bornaische Str. 3d  
04277 Leipzig  
Georg Huß: +49 159 039 42813

#### 7.7. Toter in JVA Dresden

Der inhaftierte Sprecher der Gefangenen-Gewerkschaft David Scholz hat vom Tod von Ronny L., 41 Jahre, berichtet. Er befand sich wegen einer nicht-gezahlten Geldstrafe in Ersatzfreiheitsstrafe und hatte nur noch 14 Tage Haftzeit vor sich. Am 6. Juli war er wegen Schmerzen in der Brust beim Anstaltsarzt gewesen. Der stellte nichts fest. Einen Tag später war er tot. David Scholz wurde anschließend vermutlich in Folge seiner Aufklärungsbe-mühungen in die JVA Torgau zwangsverlegt.

#### 13.7. Haftstrafe für kurdischen Politiker Muhlis Kaya

Der kurdische Politiker Muhlis Kaya wurde vom Oberlandesgericht Stuttgart wegen angeblicher PKK-Mitgliedschaft und -Funktionen auf Grundlage von

der Spitzenkandidatin Alice Weidel aufzueilen. 1000 Menschen von Kirche und SPD bis Anarchos protestierten dagegen. Die Aktionsküche Black Kitchen sorgte für die Versorgung. Bei all dem wurde v.a. den Jusos und der SPD bei der JG-Demo ordentlich Raum für eigenen Wahlkampf gegeben. Ansonsten verteilten Jugend gegen Rechts (JgR) und die leninistische Antifaschistische Aktion Jena (AAJ) Flugblätter. Die ganze Sache wurde krass überwacht: mit Kamera-Bullen auf dem Dach, einem Helikopter in der Luft und einsatzberei-ten Greiftrupps hinter den Reihen der Gegenproteste. Versammlungsfreiheit im Open-Air-Knast.

Während der AfD-Kundgebung wurde von einem Anhänger folgende Zeile gesungen: „Von der JG bis nach Auschwitz, eine U-Bahn bauen wir.“. Ansonsten Slogans à la „Ausländer raus!“ usw. Linkspartei-Funktionärin Katharina König-Preuss und ein Journalist wurden von Nazis angegangen. Das alles sorgte für einen kleinen Presseskandal und Distanzierungen bei der AfD-Führung. Die Jüdische Landesgemeinde und der evangelischer Kirchenkreis haben dahingehend Anzeigen gestellt.



Die Junge Gemeinde (JG) Stadtmittte Jena baut ihr Hochtransparent auf.

#### Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Antifaschist\_innen in Jena

Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft haben bekannt gegeben, dass sie wegen einer Störaktion gegen einen AfD-Wahlstand vom 20. Mai 2017 ermit-teln. Die Aktion wird von ihnen als Landfriedensbruch gewertet. Ein paar Leute sind schon ermittelt und angeschrieben worden. Der Rest der ca. 20 Antifa-schist\_innen wird noch gesucht. Aufgrund des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsauftrags könnte nun zum ersten Mal das Gesetz greifen, das Zeug\_innen die Aussageverweigerung bei Ermittlungen im Auftrag der Staats-anwaltschaft verbietet. Solltet ihr betroffen sein: Sucht euch Unterstützung und organisiert euch!

#### Anti-AfD-Transparente in Ostthüringen

An Umgehungsstraßen um Gößnitz und Altenburg wurden drei Transparente mit feministisch-antifaschistischen Botschaften aufgehangen: „AfD = weniger Rente - länger Arbeiten. AfD = Alleinerziehen - du bist gescheitert! AfD = Frauen zurück in den Haushalt!“

14.9.

14.9.



## 20.9. Proteste gegen AfD-Abschlusswahlveranstaltung in Erfurt

Am 20. September organisierte die AfD ihre letzte große Wahlkampfveranstaltung in Erfurt. Das Bündnis „Auf die Plätze“ bestehend aus Parteien und korporatistischen Gewerkschaften organisierte die Gegenkundgebung. Auf beiden Seiten demonstrierten jeweils 500 Menschen. 2015 hatte die AfD in Erfurt noch 4000 Anhänger\_innen auf die Straße gebracht.

## 23.9. Öffentliches Protestfrühstück gegen die AfD

Am letzten Tag vor der Bundestagswahl traf sich Jugend gegen Rechts spontan mit 20 Leuten zu einem Freiluftfrühstück gegen den vorerst letzten AfD-Wahlstand in Jena. Mit Transparenten („Sowas von 1933: AfD“ und „Kein Bock auf Rechtsruck“) und Flugblättern protestierten sie gegen die erste faschistische Partei im Bundestag seit 1945. Die AfD-ler\_innen waren offenbar ziemlich aggressiv und bedrohten einige der Antifaschist\_innen.



# Gefangenen-Infos

zusammengestellt vom ABC Jena

## Knast vor, während und nach G20

Wie die Rote Hilfe berichtete, kam es schon im Vorfeld von G20 zu Repression und Inhaftierung. Ein Genosse aus Rostock, Flitzie, bekam am 15. Juni eine Meldeauflage für die Zeit vom 2. bis 9. Juli - ohne Verurteilung oder Strafbefehl. Am 27. Juni versuchten die Bullen, bei drei Leuten in Rostock eine Gefährderansprache zu machen. Am 1. Juli wurden dann die Wohnungen von zwei Genossen durchsucht und beide festgenommen. Einer von beiden, Flitzie, wurde bis zum 10. Juli in der JVA Bützow in Unterbindungsgewahrsam genommen. Am 4. Juli machten 100 Leute eine Solidaritätskundgebung vor der JVA. Auch in Burg und Dresden hat es mehrere Gefährderansprachen gegeben. Am 22. Juni wurden zwei Berliner Linke, die in ihrem Kleinwagen schliefen, von Bullen festgenommen und für zweieinhalb Tage in die neue G20-Gefangenenensammelstelle gesteckt. Bei ihrer Freilassung bekamen sie ein Platzverbot für die Hamburger Innenstadt bis zum 10. Juli. In den Folgetagen versuchten die Berliner Bullen mehrfach, ihnen Briefe mit Vorbeugemaßnahmen zuzustellen. Da sie diesen nicht nachkamen, müssen sie nun ein Zwangsgeld in Höhe von 500€ zahlen.

In Hamburg selbst wurde schon vor dem Gipfel eine Gefangenenensammelstelle (GeSa) eingerichtet und wurden 1800 Bullen für ihren Betrieb und den Transport der Gefangenen vorgesehen.

Insgesamt wurden während der Proteste 51 Personen festgenommen, von denen sich Ende August noch 28 v.a. nicht-deutsche Staatsbürger\_innen in Haft befanden. Nur wenige von ihnen haben sich öffentlich dazu bekannt. Darunter folgende Anarchist\_innen und andere Aktivist\_innen aus Italien und dem Baskenland:

Riccardo Lupano (09/06/1985)  
Emiliano Puelo (02/02/1987)  
Orazio Sciuto  
Alessandro Papisarda  
David Rincon  
JVA Billwerder  
Dweerlandweg 100  
22113 Hamburg

Fabio Vettorel (02/12/1998)  
JVA Hahnöfersand  
Hinterbrack 25  
21635 Jork

Maria Rocco wurde Anfang August entlassen. Sie war übrigens in U-Haft gesteckt worden, weil ihr vorgeworfen wurde, Gewalttäter psychologisch unterstützt zu haben. Sie habe sich nicht von einer Demonstrationssituation entfernt. Tatsächlich war sie dabei, einer Frau mit einem offenen gebrochenen Fuß zu helfen. Halil Zaybak wurde am 26.